



JANUAR  
2024

# „Jusqu’ici, tout va bien” ? Deutsche und Französische Protestkultur im Vergleich



Florian STAUDT

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Das Ifri wurde im Jahr 1979 von Thierry de Montbrial gegründet. Ein Dekret vom 16. November 2022 legt fest, dass das Ifri eine als gemeinnützig anerkannte Stiftung ist. Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

ISBN: 979-10-373-0824-5

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2024

Bild: (links) Berlin, Deutschland 18. Dezember 2023 – Landwirtschaftliche Traktoren mit dem Brandenburger Tor im Hintergrund © Gerrit Ebnetter/Shutterstock.com ;  
(rechts) Paris, Frankreich 15. Dezember 2018 – Demonstration der Gelbwesten  
© William Lounsbury/Shutterstock.com

#### **Diese Veröffentlichung zitieren:**

Florian Staudt, „Jusqu'ici, tout va bien ? Deutsche und Französische Protestkultur im Vergleich“, *Ifri Studies*, Nr. 36, Ifri, Januar 2024.

#### **Ifri**

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

**Webseite:** [ifri.org](http://ifri.org)

# Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Marie Krpata und Jeanette Süß, Research Fellow, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

# Über den Autor

**Florian Staudt** ist Europawissenschaftler und spezialisiert auf Deutsch-Französische Beziehungen sowie die europäische Integration. Studien- und berufsbedingte Aufenthalte führten ihn nach Brüssel, Paris, Washington D. C. und Buenos Aires. Zuletzt verantwortete er den Arbeitsbereich der Politischen Bildung im Deutsch-Französischen Jugendwerk. Zusätzlich ist er Mitglied des Speakers-Pools Team EUROPE DIRECT der Europäischen Kommission und gibt Vorträge, moderiert verschiedene Veranstaltungsformate und leitet Seminare zu europapolitischen Themen.

# Zusammenfassung

Der Einfluss unterschiedlicher Protestkulturen in Deutschland und Frankreich auf die Demokratie ist vielschichtig. Protest nimmt dafür verschiedene Formen an und dient als politische Repräsentation sowie Beitrag zur politischen Willensbildung.

Die Protestkulturen in Deutschland und Frankreich sind aufgrund unterschiedlicher Muster nur bedingt miteinander vergleichbar. Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen. Auf der einen Seite dominierten früher in beiden Ländern Gewerkschaften und politische Parteien die Protestlandschaft während heute Menschen verschiedener sozialer Schichten teilnehmen. Trotz einer deutlichen Überrepräsentation hoher Bildungsniveaus spiegeln Protestbewegungen in Deutschland und Frankreich heute ein breiteres gesellschaftliches Bild wider. Auch die Vielfalt der Protestthemen und die Bildung von politischen und sozialen Bewegungen reflektieren diesen Wandel. Auf deren Seite unterscheiden sich die Protestbewegungen in Deutschland und Frankreich in der Mobilisierungsstärke und Intensität der Proteste sowie in der Beeinflussung der Unzufriedenheit durch politische Systemfragen, wirtschaftliche Situation und soziale Strukturen.

Aktuell zeigt Deutschland Anzeichen für anhaltende oder steigende Protestbereitschaft, während in Frankreich zwar die Zahl der Demonstrationen abnimmt, dafür aber ein hoher Mobilisierungsgrad für einzelne Proteste erzielt wird. Insbesondere die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich hat zuletzt eine breitere Diskussion über soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Ungleichheit, Umweltfragen und das Ende der repräsentativen Demokratie ausgelöst. Es stellt sich die Frage, ob die zunehmende Intensität der Proteste auf eine allgemeine Unzufriedenheit und Demokratiekrise hinweist oder eher auf gesteigerte bürgerliche Mitverantwortung.

In jedem Fall kann eine erhöhte Protestbereitschaft in erster Linie als Ausdruck gesteigerten politischen Interesses interpretiert werden. Auch die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Verankerung bestimmter antidemokratischer Narrative in der Breite der Gesellschaft ist gering. Viel gefährlicher ist hingegen der wachsende Rechts- und in Teilen Linkspopulismus, der die Notwendigkeit des parlamentarischen Systems in Frage stellt.

In Deutschland gibt es derzeit keine Radikalisierungstendenzen der Protestbewegungen, während in Frankreich aufgrund hoher Mobilisierungskraft und Ausschreibungsdynamiken Gefahr einer weiteren Radikalisierung durchaus besteht. Insbesondere das Gefühl der Ohnmacht aus politischer Einflusslosigkeit kann Radikalisierungstendenzen nähren. Ein ernsthafter Dialog auf Augenhöhe ist deshalb wichtig, um Bürger als Subjekte des Politischen politisch zu befähigen. Denn Partizipation ist erst dann sinn- und identitätsstiftend, wenn politischer Einfluss spürbar ist. Protest und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille; beide sind für eine funktionierende Gesellschaft unverzichtbar.

# Abstract

The influence of different protest cultures on democracy in Germany and France is complex. The protest takes various forms, serves as political representation, and contributes to the formation of political opinion.

The protest cultures in Germany and France are only partially comparable due to different patterns. Nevertheless, similarities and differences can be identified. In the past, both countries were dominated by trade unions and political parties in the protest landscape, while today, people from various social strata participate. Despite a clear overrepresentation of high levels of education, protest movements in Germany and France now reflect a broader societal picture. The diversity of protest themes and the formation of political and social movements also reflect this change. On the one hand, protest movements in Germany and France differ in the mobilization strength and intensity of protests, as well as in the influence of dissatisfaction generated by the political system, the economic situation, or social structures.

Currently, Germany shows signs of sustained or increasing protest readiness, while in France, although the number of demonstrations is decreasing, mobilization for individual protests remains at a high level. Notably, the Yellow Vest movement in France has sparked a broader discussion on social justice, economic inequality, environmental issues, and the end of representative democracy. The question arises whether the increasing intensity of protests indicates general dissatisfaction and a democracy crisis or is a sign of increased civic responsibility.

In any case, increased protest readiness can primarily be interpreted as expressing heightened political interest. The likelihood of a lasting anchoring of certain anti-democratic narratives in society is low. Much more dangerous, however, is the growing right- and, in some parts, left-wing populism questioning the necessity of the parliamentary system. Currently, there are no radicalization tendencies in protest movements in Germany, while in France, the risk of further radicalization exists due to high mobilization and escalation dynamics, particularly in the aftermath of the Yellow Vest movement and protests against pension reforms.

The feeling of powerlessness resulting from political impotence can significantly fuel tendencies toward radicalization. Therefore, a serious dialogue on equal footing is essential to empower citizens as subjects of politics. Participation is meaningful and identity-forming only when political influence is tangible. Protest and democracy are two sides of the same coin, indispensable for a functioning society.

# Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>7</b>
<b>PROTESTENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND .....</b>	<b>12</b>
Deutsche „Untertanenhaltung“ Statt Kollektivem Aufschrei? .....	12
Pegida: ‚Der souverän der straße‘ gegen ‚die eliten‘ .....	14
Querdenker und coronaleugner: Sammelbewegung zur „Entlarvung der realität“ .....	16
Von fridays for future zu letzte generation: klimabewegung als Protestform der jungen generation .....	18
<b>PROTESTENTWICKLUNG IN FRANKREICH .....</b>	<b>21</b>
Unzufriedenheit als Wesensmerkmal französischer Politischer Kultur? .....	21
Gelbwesten: Die bewegung der „diagonalen leere“ .....	23
Klima- und umweltbewegungen: vielfältigkeit behindert größeren Mobilisierungs- und wirkungsgrad .....	26
<b>DER ZUSTAND DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IM SPIEGEL POLITISCHER PROTESTFORMEN....</b>	<b>28</b>
<b>STÄRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG DURCH WEITERENTWICKLUNG DER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE .....</b>	<b>35</b>
<b>WEITERE MAßNAHMEN ZUR FESTIGUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS: MEHR (BÜRGERPARTIZIPATIVE) DEMOKRATIE WAGEN .....</b>	<b>37</b>
Europäische Ebene .....	37
Zwischenstaatliche Ebene .....	38
Nationale Ebene.....	38
<b>LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>41</b>

# Einleitung<sup>1</sup>

*Ein Skandal, dass sie das Haus dort vorn abreißen,  
Ein waschechter Skandal ist das. Was war dort vorne  
[eigentlich nochmal?  
Eine Stadt geht demonstrier'n, nur mir ist es egal.  
**Betterov – „Viertel vor Irgendwas“ (2020)***

„Wer erfüllt heute die Funktion, die damals die Partei innehatte? Von wem sollen sie sich vertreten fühlen?“, liest die Protagonistin laut vor. Parallel dazu läuft im Hintergrund ein Video, das Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) während Demonstrationen in den 1960er-Jahren zeigt. Diese Szene ist Teil der Inszenierung von Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“, die unter der Regie von Thomas Ostermeier an der Deutschen Schauspielbühne in Berlin aufgeführt wird. Das Interesse, die tiefsten Beweggründe Frankreichs zu verstehen, ist zumindest seitens des politisch-kulturellen Berlins auch an diesem Abend groß. Die bewegten Bilder von den brennenden Mülltonnen, Autos und Rathausfassaden in französischen Städten sind noch lebhaft in den Köpfen der Zuschauer<sup>2</sup> präsent. Eribons rhetorische Frage nach der politischen Repräsentation resoniert dabei in vergleichbarer Weise auch in Deutschland. Auch hier fühlen sich Menschen mit ihren Anliegen nicht von den politischen Parteien angemessen vertreten und äußern ihre Unzufriedenheit immer radikaler in der Öffentlichkeit – sei es durch das Besprühen des Brandenburger Tors mit orangener Farbe, das Bespritzen eines Monet-Gemäldes mit Kartoffelbrei oder das Erstürmen der Treppenstufen des Reichstagsgebäudes. Protest als demokratische Partizipationsform hat sowohl in Deutschland als auch in Frankreich einen festen Platz in der heutigen Gesellschaft. Dabei zeigt sich eine Vielfalt von Phänomenen, Verhaltensweisen und Themen, die in den letzten Jahren aber auch von einer zunehmenden Radikalisierung und gewalttätigen Ausschreitungen begleitet werden.

Protest ist eine komplexe gesellschaftliche Erscheinung. Es handelt sich dabei um „eine kollektive, öffentliche Handlung nicht-staatlicher Akteure, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anspruchs oder

---

1. Das Zitat „Jusqu'ici, tout va bien“ nimmt Bezug auf den Film „La Haine“ von Matthieu Kassovitz, wo eine Stimme aus dem Off ihren eigenen Sturz aus der 50. Etage eines Gebäudes mit den Worten kommentiert „bis jetzt geht alles gut“ („jusqu'ici, tout va bien“). Es folgt: „Aber das Wichtige ist nicht der Fall. Es ist die Landung.“

2. Der Autor verwendet in der vorliegenden Arbeit das generische Maskulinum für die bessere Lesbarkeit.

Ziels verbunden ist“ (Rucht, 2001: 19). Hierunter fallen auch digitale Instrumente wie Online-Petitionen auf Protestplattformen wie Campact oder change.org, Hashtagkampagnen (zum Beispiel auf X, vormals Twitter) und die Verbreitung von sogenannten ‚memes‘, die es selbst Einzelpersonen ermöglichen, Themen zum Gegenstand von Protest zu machen. Protest fungiert als unkonventionelle Form politischer Beteiligung, die sich von konventionellen, institutionalisierten Partizipationsmöglichkeiten, wie dem aktiven und passiven Wahlrecht oder der Mitarbeit in politischen Parteien, abgrenzt. Während Letztere fest im deutschen Grundgesetz und in der französischen Verfassung verankert sind, leitet sich Ersteres zum einen aus den internationalen verbrieften Grund- und Menschenrechten<sup>3</sup> und dem sogenannten Versammlungsrecht<sup>4</sup> auf nationaler Ebene ab. Sowohl in Deutschland (nach dem 2. Weltkrieg) als auch in Frankreich (in den ab der 3. Republik aufeinanderfolgenden Verfassungen) wurde die Demonstrationsfreiheit nicht explizit in die Liste der bürgerlich-liberalen Grundfreiheiten (wie Presse- und Versammlungsfreiheit) aufgenommen. In beiden Ländern werden die Erfordernisse der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung als vorrangig vom Staat eingestuft und durch eine Anmeldepflicht der Versammlung gekennzeichnet. Es handelt sich hierbei nicht um eine Freiheitsgarantie, obwohl dies im deutschen Grundgesetz anders formuliert ist. Spätestens durch die neuen Notstandsrechte nach den Terroranschlägen 2015 in Frankreich und im Rahmen der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie erfährt das Versammlungsrecht in beiden Ländern zudem erhebliche Einschränkungen<sup>5</sup>.

Protest hat sich in liberalen Demokratien zu einem notwendigen und legitimen Instrument der allgemeinen Konfliktaustragung etabliert und steht dabei in einem wechselseitigen Bedingungs- und Spannungsverhältnis<sup>6</sup> (Rucht, 2021: 20). Denn er ist eine zentrale Form politischer Partizipation außerhalb politischer Institutionen, indem vor allem marginalisierten und unterdrückten Anliegen Gehör verschafft und Kritik an jenen Regeln und Grundlagen geübt werden soll, die als ungerecht oder unzeitgemäß erscheinen. Diese Sichtbarmachung trägt entscheidend dazu bei, dass marginalisierte Gruppen überhaupt erst – in erster Linie von sich selbst – als politische Subjekte wahrgenommen werden und sich

---

3. Art. 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie Art. 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, bzw. Artikel 19 und 21 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen.

4. Art. 8 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) und Art. 6 des Gesetzes vom 30. Juni 1881 über die Versammlungsfreiheit.

5. D. Tartakowsky spricht an dieser Stelle von einem permanenten Ausnahmezustand („Un état d’urgence permanent“) (Tartakowsky 2021).

6. Angesichts dieses Umstands ist die Einordnung von Protest als unkonventionelle Form politischer Beteiligung durch große Teile der Politikwissenschaft zumindest diskussionswürdig. Es ist jedenfalls anzuerkennen, dass Protest in Form öffentlichen Widerspruchs auf der Straße als ergänzende Komponente zum politischen Diskurs innerhalb der Institutionen gilt.

dadurch politisieren. Protest ist demnach urdemokratisch oder anders ausgedrückt: Politik von ‚unten‘ (Neidhardt & Rucht, 2001: 28).

Gleichzeitig können sich auch negative Effekte bei Protestierenden wie Ernüchterung, Frustration, Verzweiflung bis hin zu Wut und Hass auf das politische System einstellen, sobald Proteste scheinbar nichts (mehr) erreichen und Protestbewegungen zu „Selbstvergewisserungssemantik“ (Tratschin, 2016) und „Profilierungszwang“ (Türcke, 2002: 119) verflachen. Neben der eigenen Persönlichkeitsentwicklung (Lern- und Selbstwirksamkeitserfahrungen) trägt Protest dazu bei, politische und gesellschaftliche Entwicklungen (Strukturen, Regeln, Themen, Ziele, Einstellungen und Verhalten) zu beeinflussen. Das bedeutet, dass Protest nicht nur darauf abzielt, Politik zu verändern, indem politische Vorhaben kritisch begleitet, Probleme sichtbar gemacht und ‚Agenda Setting‘ betrieben wird. Sondern auch darauf, dass die Gesellschaft für das jeweilige Anliegen sensibilisiert wird und sich bestenfalls mit den Protestierenden solidarisiert (Mobilisierungseffekte). Es geht darum, Gegenöffentlichkeiten zu schaffen und Themen so in den öffentlichen Diskurs zu bringen, „[...] dass man an ihnen nicht vorbeikommt“ (Nassehi, 2020: 82). Im Kampf um die mediale Deutungshoheit und im Sinne einer Legitimierung des eigenen Protestanliegens spielen dabei auch historische Bezüge zu wichtigen, die Geschichte des Landes prägenden Ereignissen der Vergangenheit eine Rolle.

Die vielfältigen Wirkungen lassen sich nicht normativ in ‚gute‘ oder ‚schlechte‘ Proteste einteilen. Denn deren Beurteilung ist nicht nur das Ergebnis subjektiver Wahrnehmung (zum Beispiel kann die Auseinandersetzung um ein großes Infrastrukturprojekt für diejenigen, deren eigene Lebenswirklichkeit unmittelbar davon betroffen ist, wesentlich kritischer sein). Die dichotome Einteilung würde auch die Vielfältigkeit der Protestwirkungen und die Komplexität demokratischer Aushandlungsprozesse verkürzen.

Proteste können nicht nur politisierend und emanzipatorisch auf die Gesellschaft und ihre Mitglieder wirken. Sie sind vor allem und in erster Linie demokratisierend. Die repräsentativ-parlamentarische Demokratie, die heute in vielen Ländern als politisches System etabliert ist, hat ihre Wurzeln in historischen Protestbewegungen. Die bürgerlichen Revolutionen spielten eine entscheidende Rolle bei der Initiierung dieses politischen Wandels, die häufig von Regelbrüchen und Gewalt geprägt waren. Der Sturm auf die Bastille 1789 und die Enthauptung des französischen Königs 1793 während der Französischen Revolution stehen symbolisch dafür (Rudé, 1977). Bildliche Darstellungen, wie Lacroix' "Freiheit, die das Volk anführt" von 1830 („La liberté guidant le peuple“), die Kreidelithografien der Märzrevolution von 1848, oder die Parole der friedlichen Demonstrationen von 1989, „Wir sind das Volk“, beziehungsweise die ostdeutsche Tradition der Montagsdemonstrationen in der DDR, verdeutlichen den Stellenwert von Protestikonografie. Solche

Bilder trugen wesentlich zur Schaffung einer kollektiven Identität bei und repräsentierten den Kampf um demokratische Freiheitsrechte. Auch heute greifen Protestbewegungen diese symbolträchtigen Traditionen für ihre Widerstandserzählungen auf und interpretieren diese neu. Gerade die französische Revolutionsgeschichte wird von Protestbewegungen immer wieder als legitimierendes Element herangezogen, um sich in der traditionellen Kontinuität der Revolution zu wännen<sup>7</sup>.

Proteste prägten und prägen die Geschichte beider Länder nach wie vor auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in unterschiedlicher Intensität. Dabei kam es in der Vergangenheit auch immer wieder zu grenzüberschreitenden Protestaktionen. Herausragende Beispiele für den gemeinsamen Protest waren das Zersägen der Schlagbäume am Grenzübergang St. Germanshof / Wissembourg durch junge Studierende aus unter anderem Deutschland und Frankreich am 6. August 1950<sup>8</sup> und die Bauplatzbesetzungen geplanter Atomkraftwerke entlang des Oberrheins im französischen Marckolsheim (Herbst 1974) und im deutschen Wyhl (Frühjahr 1975) (Pohl, 2019). Diese Ereignisse sind Beispiele dafür, dass Protestbewegungen schon damals grenzüberschreitend in konstruktiver Weise wirkten, zu Vernetzung führten und in einer sozialen Bewegung aufgingen – die Proteste markierten den Beginn der Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland und Frankreich (Rucht, 1988: 129). Mit den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten erscheint dies mittlerweile trivial.

Ob nun zuletzt die Bauernproteste gegen die Streichung der Steuervergünstigungen für Agrardiesel und Kfz-Steuern oder die angekündigten Streiks bei der Deutschen Bahn: Mit Blick auf die Protestentwicklung gibt es gegenwärtig in Deutschland Anzeichen für eine anhaltende oder sogar zunehmende Protestbereitschaft, während in Frankreich die reine Zahl der Demonstrationen rückläufig ist. In Berlin hat

---

7. So war zuletzt bei den Protesten der Gelbwesten und gegen die Rentenreform der französischen Regierung zum Beispiel teilweise zu lesen: „Ludwig XVI, wir haben ihn geköpft. Bei Macron werden wir es wieder tun.“ (*“Louis XVI, on l’a décapité. Macron, on peut recommencer“*), „Macron auf den Scheiterhaufen“ (*„Macron au bûcher“*), während ein Bildnis des französischen Präsidenten angezündet wird, oder „Macron, du hältst uns für Bauern [Schachfigur], jetzt erlebe unsere Revolution“ [*„Macron tu nous prends pour des pions, maintenant subis notre révolution“*]. Der Place de la Concorde wurde kurzerhand in „Place de la Révolution“, die damalige Bezeichnung während der Französischen Revolution, umbenannt. Auch die „casserolade“, die Erzeugung von Lärm mit einer Pfanne oder Topf als öffentliches Protestmittel der Mittelschicht und eine Art ‚Volksgericht‘ („Man kann uns nicht hören, also müssen wir Lärm machen!“, *„On ne nous entend pas, donc il faut bien faire du bruit!“*) oder die bretonische „Revolte der roten Mützen“ (*„révolte des Bonnets rouges“*) bemühten die Revolutionsgeschichte Frankreichs mit der phrygischen Jakobinermütze als Markenzeichen ihrer Proteste gegen die damals im Jahr 2013 geplante LKW-Ökosteuer („Écotaxe“). Sie erinnerte nicht nur den Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit während der Französischen Revolution, sondern auch an den Aufstand der damaligen „Bonnets rouges“ im Sommer 1675 gegen die neuen Steuern, die Ludwig XIV. dem Land auferlegt hatte, um den Holländischen Krieg (1672-1678) zu finanzieren. Damals fanden die größten Proteste in der Bretagne statt, eine Region mit langer Protesttradition.

8. Anlässlich der Tagung des Europarates, bei dem die Vertreter der nationalen Regierungen dem föderalen Europa eine Absage erteilt hatten, forderte die versammelte Jugend ein föderales Europa mit einem europäischen Bürgerrecht, einem europäischen Parlament und einer europäischen Regierung.

sich die Zahl der angemeldeten Proteste und Kundgebungen in den letzten 15 Jahren verdoppelt und mit 5.360 Demonstrationen im Jahr 2020 einen vorläufigen Höchststand erreicht<sup>9</sup>. Demgegenüber verzeichnet Paris mit rund 2.093 angemeldeten Demonstrationen im Jahr 2019 einen Rückgang<sup>10</sup>. Dies mag auf den ersten Blick überraschen. Schließlich herrscht in Deutschland die allgemeine Wahrnehmung vor, dass in Frankreich mehr protestiert wird als in Deutschland. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich bei den Protesten in Frankreich häufig um Großdemonstrationen, die durch ihre breite Themenwahl (zum Beispiel soziale Gerechtigkeit) eine hohe Mobilisierungskraft aufweisen und hinter denen sich viele Franzosen versammeln<sup>11</sup>. Gleichzeitig streiken französische Arbeitnehmer häufiger als die Beschäftigten in Deutschland. Nach Angaben des Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) liegt in Frankreich im Zeitraum 2020-2022 der Jahresdurchschnitt der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage pro 1.000 Beschäftigte bei 79 Arbeitstagen. In Deutschland sind es im Durchschnitt 13. Zwischen 2010 und 2019 waren es in Frankreich sogar 127 Arbeitstage. In Deutschland nur 17<sup>12</sup>.

---

9. Verfügbar auf: [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de).

10. Verfügbar auf: [www.tfinfo.fr](http://www.tfinfo.fr).

11. In den letzten 15 Jahren waren es über ein Dutzend Demonstrationen in Frankreich, bei der sich pro Demonstration mindestens 1,5 Millionen Franzosen versammelten. Im Vergleich dazu kam in den letzten Jahren nur die Fridays-For-Future-Demonstration in Deutschland mit 1,4 Millionen Protestierenden im September 2019 über die Marke von einer Million Menschen.

12. Verfügbar auf: [www.etui.org](http://www.etui.org).

# Protestentwicklung in Deutschland

## Deutsche „Untertanenhaltung“ statt kollektivem Aufschrei?

Die deutsche Protestkultur entwickelte sich im Deutschen Kaiserreich ab 1871. In dieser Zeit erlernte die deutsche Bevölkerung das Demonstrieren und der politische Protest gewann zunehmend an Bedeutung (Warneken, 1986). Die Arbeiterbewegung spielte dabei eine entscheidende Rolle. Trotz dessen wurden die Deutschen lange Zeit als „protestfaul“ angesehen (Hutter & Teune, 2012: 9). Dieses Bild wurde durch einen tief verwurzelten Ordnungssinn geprägt, der sich mehr auf Stabilität als auf den Drang nach Freiheit und Revolte konzentrierte<sup>13</sup>. Ein humorvoller Aspekt wird dieser Vorstellung durch das (von Lenin oder Stalin) vergebene Bild der deutschen Revolutionäre verliehen, den Bahnhof erst nach dem Kauf der Bahnsteigkarte zu besetzen – eine Metapher für eine zögerliche Herangehensweise an revolutionäre Veränderungen. Manche attestierten den Deutschen sogar eine „Untertanenhaltung“ (Almond & Verba, 1963: 362), die sich durch eine formelle politische Aktivität auszeichnet, wobei das Interesse stärker auf politischen Ergebnissen (Output) als auf demokratischer Teilhabe (Input) liegt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Arbeiterbewegung im Nachkriegsdeutschland rasch institutionalisierte und Konflikte zunehmend durch Verhandlungen und Mitbestimmung gelöst wurden (Müller-Jentsch, 2018).

Seit den 1970er-Jahren steigt die Anzahl an Protestereignissen und -teilnehmern in Deutschland. Dabei verliefen die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wenig überraschend außerordentlich unterschiedlich. In der BRD etablierte sich Protest als normales Mittel politischer Auseinandersetzung. Im Gegensatz dazu waren in der DDR massive staatliche Repressionen an der Tagesordnung, wodurch Protest weniger sichtbar und dokumentierbar wurde. Nach der Wiedervereinigung

---

13. Republikanische Darstellungen des deutschen Michel aus der Revolution von 1848/49 zeigen ihn oft mit einer Schlafmütze anstelle einer Jakobinermütze. Im Gegensatz zu seinem französischen Nachbarn schien der deutsche Michel die Möglichkeit einer bürgerlichen Revolution in seinem eigenen Land zu verpassen.

ereigneten sich allerdings überproportional viele Proteste in Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerungszahl<sup>14</sup> (Rucht, 2021: 35).

Historisch betrachtet verliefen Proteste in Deutschland in zyklischen Wellen. Insbesondere zwei signifikante Ausschläge stechen dabei hervor (Hutter & Schäfer, 2020). Die erste trat Anfang der 1980er-Jahre während der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (1960-Wiedervereinigung) auf. Dabei spielten subkulturelle, lebensweltliche und postmaterielle Werteorientierung, hauptsächlich von der neuen Mittelschicht getragen, eine wichtige Rolle, die in den Anti-Atomkraft-, Autonomen-, Frauen-, Friedens-, Studierenden- und Umweltbewegung ihren Ausdruck fanden<sup>15</sup>. Eine zweite Spitze zeigt sich im Zusammenhang mit rechtsextremen Anschlägen in den 1990er-Jahren<sup>16</sup>. Seit 2015 ist zwar ein anhaltend hohes Protestniveau feststellbar. Von einer außergewöhnlichen Hochphase politischer Proteste kann allerdings nicht die Rede sein (Sommer, *et al.* 2021: 46).

Migrationsthemen, einschließlich Rechtsextremismus und Rassismus, spielen eine dominante Rolle in der deutschen Protestlandschaft. Obwohl Umweltthemen in den letzten Jahren wieder an Popularität gewonnen haben, sind migrationsbezogene Proteste besonders in den neuen Bundesländern auffällig, wo sie etwa doppelt so häufig vorkommen wie in den alten Bundesländern. Darüber hinaus gibt es im Osten Deutschlands mehr rechtspopulistische, rechtsradikale und fremdenfeindliche Proteste, die zudem gewalttätiger verlaufen (Hutter & Schäfer, 2020). Zahlreiche Gegenproteste, unter anderem die Demonstration #unteilbar ab 2018, finden in der Regel bundesweit statt. Neben migrations- und umweltbezogenen Themen finden auch seit den später 1990er- und frühen 2000er-Jahren Proteste gegen Kapitalismus und Globalisierung statt, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen auf die Umwelt und soziale Gerechtigkeit. Antikapitalistische und antifaschistische Proteste der Linken sind sowohl im Westen als auch im Osten verbreitet (Rucht, 2021: 37). Globalisierungskritische Initiativen, die vom Mittelstand und Akademiker dominiert werden (wie Attac, die Occupy-Bewegung oder Demonstrationen

---

14. Im Zeitraum von 1993 bis 2015 betrug der Anteil an Demonstrationsbeteiligungen 47% in Westdeutschland und 39% in den neuen Bundesländern.

15. Der Höhepunkt waren die wiederauflebenden Ostermärsche zwischen 1981 und 1983, an denen eine halbe Million Menschen teilnahm. Diese Proteste zählen zu den größten Protesten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Erst im Februar 2003 fand in Berlin eine ähnlich große Demonstration gegen den Irakkrieg statt.

16. Vor dem Hintergrund steigender Asylbewerber – anlässlich des vom Krieg zerfallenen Jugoslawien und den erleichterten Einreisebedingungen für Menschen aus Osteuropa – zeigt sich in den 1990er-Jahren eine Ausbreitung von Rassismus in Ost und West durch eine Dynamik rechtsradikaler und rassistischer Pogrome und Anschläge auf Asylbewerberheime und Wohnhäuser von Personen mit Migrationsgeschichte. Es fanden verschiedene Vorfälle in Hoyerswerda (September 1991), Rostock-Lichtenhagen (August 1992), Mannheim-Schönau (Mai 1992), Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993) statt.

gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA<sup>17</sup> 2016 sowie die G7-, beziehungsweise G8- und G20-Proteste) sind im Osten hingegen kaum vertreten. Dort fehle es an lokal konzentrierten linksalternativen Milieus, wie dem Leipziger Stadtteil Connewitz, wo entsprechende Protestmobilisierungen möglich sind (ebd.: 37). Im Osten zeigt sich allerdings eine abweichende Betonung der Systemkritik durch die starke Präsenz rechter Gruppen. Hier ist die politische Grundkritik an ‚Altparteien‘, der ‚politischen Klasse‘, dem Parlamentarismus, den Medien und Kultureliten stärker ausgeprägt. Diese Äußerungen manifestieren sich in dem Phänomen des ‚Wutbürgers‘, das ursprünglich bei den Protesten gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“ in Westdeutschland identifiziert wurde (Marg *et al.*, 2013).

Emblematisch für das aktuelle Protestgeschehen können zum einen die Proteste der PEGIDA-, Querdenker- und Coronaleugner-Szene und zum anderen die der die Fridays for Future-Bewegung herangezogen werden.

## **PEGIDA: ‚Der Souverän der Straße‘ gegen ‚die Eliten‘**

Die Initiative „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) wurde im Oktober 2014 in Dresden gegründet und markiert möglicherweise den Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen in Deutschland. PEGIDA ist eine völkisch orientierte und fremdenfeindliche Gruppierung, die sich vor allem gegen Zuwanderung und den Islam richtet. Ihre Gründung knüpft an die ostdeutsche Tradition der Montagsdemonstrationen<sup>18</sup> an und stellt die Gleichsetzung der DDR-Diktatur mit den heutigen Verhältnissen in den Mittelpunkt (verklärtes Widerstandsnarrativ gegen die ‚politische Eliten‘, die es zu stürzen gilt – Hartmann & Leistner, 2019: 18-24). Die Montagsdemonstrationen wuchsen von 350 Teilnehmern im Oktober 2014 auf rund 25.000 Demonstranten am 12. Januar 2015 in Leipzig. Dies markierte den Höhepunkt der Mobilisierung. Aktuell finden nur noch in Dresden regelmäßige ‚Spaziergänge‘<sup>19</sup> statt, da sich keine festen Mobilisierungsstrukturen in anderen Städten etablieren konnten.

---

17. Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA).

18. Der Wochentag ist in Ostdeutschland seit 1989 symbolträchtig – montags fanden damals die Proteste statt, die zur friedlichen Revolution führten.

19. Die Proteste wurden als ‚Spaziergänge‘ deklariert, da die Versammlungsfreiheit durch die damaligen Corona-Bestimmungen eingeschränkt war. Andere bezeichnen es als „musikalisches allgemeines Wahlrecht“, verfügbar auf: [www.francetvinfo.fr](http://www.francetvinfo.fr).

Im Mittelpunkt der Demonstrationen stehen Anklagereden, die einer symbolischen Inszenierung von Gerichtsprozessen gleichkommen und damit eine neue Protestform darstellen. Der ‚Souverän der Straße‘ fungiert als selbsternanntes Gericht, das Anklage erhebt, Schuld- und Freisprüche fällt und Sanktionen gegen die vermeintlichen ‚Eliten‘ androht<sup>20</sup>. Diese Form des Tribunals wird als alternative politische Entscheidungsinstanz wahrgenommen, die symbolisch eine bevorstehende revolutionäre Situation suggeriert. Parallel zu den Demonstrationen entwickelte sich PEGIDA auch in den sozialen Medien mit bis zu 160.000 Followern auf Facebook. Die dortigen Gruppen gelten als „Medium alternativer Wirklichkeitskonstruktionen mit bundesweiter Ausstrahlung und als Katalysator für eine ressentimentgeladene Verrohung der politischen Kommunikation“ (Langebach & Leistner, 2021: 368).

PEGIDA vereint unterschiedliche Gruppen, politische Milieus und Motivationen. Quantitative Untersuchungen zeigen, dass der durchschnittliche Demonstrant männlich, konfessionslos, gut gebildet, überdurchschnittlich wohlhabend und über 45 Jahre alt ist (Schenke *et al.*, 2018: 49 -77). Es besteht eine große Distanz und Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen bei gleichzeitig hoher Wahlbereitschaft für die AfD. Neben den Kampfbegriffen ‚Lügenpresse‘ und ‚Volksverräter‘, die an die nationalsozialistische Propaganda der 1930er- und 1940er-Jahre erinnern, gibt es Rückgriffe und Umdeutungen der Geschichte, einschließlich der Verwendung des Slogans „Wir sind das Volk“ von 1989.

PEGIDA ist ein Beispiel für eine sich radikalisierte ‚Mitte‘ der Gesellschaft (Nachtwey, 2020: 81-89). Die Bewegung hat dazu beigetragen, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben und entsprechende Positionen zu normalisieren (Vorländer *et al.*, 2016: 145). Im Zeichen von drohendem Wohlstandsverlust und schleichenden Abstiegsängsten bedient PEGIDA Mechanismen des präventiven Selbstschutzes. Es zeigt sich ein tief verwurzelter Wunsch, an der Gegenwart festzuhalten, der einen gesellschaftlichen Konservierungswillen widerspiegelt. Die Ursachen für die Gefährdung des eigenen Lebensstandards werden bei Bürokraten in Brüssel und imaginierten Überfremdungsängsten gesucht, während gesellschaftliche Produktions- und Verteilungsverhältnisse ausgeklammert werden (Lessenich, 2023: 94ff). Die Anhänger von PEGIDA weisen dabei eine große Schnittmenge mit der späteren Querdenker- und Coronaleugner-Bewegung auf.

---

20. In eine ähnliche Richtung gehen die ‚Pfannenkonzerte‘ („casserolade“ oder „charivari“) der Franzosen gegen die Rentenreform im Frühling 2023.

## Querdenker und Coronaleugner: Sammelbewegung zur „Entlarvung der Realität“

Die ab April 2020 in Erscheinung tretende Querdenker- und Coronaleugner-Bewegung manifestierte sich durch Kundgebungen, ‚Spaziergänge‘ und Störungen von Wahlkampfauftritten, insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen (Speit, 2023a: 97). Höhepunkte stellten die Demonstrationen in Berlin im August 2020 dar, an denen bis zu 38.000 Menschen teilnahmen. Dabei schaffte es eine Gruppe von mehreren hundert Demonstranten die Treppen des Reichstagsgebäudes zu besetzen (Peitz, 2020). Mit Abklingen der Corona-Pandemie verlor die Bewegung an Mobilisierungskraft, und heute sind die Demonstrationen eher klein und beschränken sich auf Großstädte und kleinere Gemeinden<sup>21</sup>.

Die Bewegung nutzt ‚alternative‘ Mediennetzwerke wie den Messengerdienst Telegram und das Videoportal YouTube, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Sie zieht eine breite Anhängerschaft aus unterschiedlichen weltanschaulichen Milieus an, darunter esoterisch-alternativ-anthroposophische und evangelikale Gruppen (Leistner & Stach, 2021: 389). Vorwiegend in einigen Regionen im Osten Deutschlands zeigt die Bewegung Radikalisierungstendenzen, wobei rechtsextremistische Randgruppen die Querdenker-Protteste teilweise dominieren (Speit, 2023a: 97ff.). Viele der Coronaleugner- und Querdenker-Szene finden sich auch in der Reichsideologie-Bewegung wieder<sup>22</sup>.

Die Anhängerschaft der Querdenker ist heterogen und widersprüchlich. Der typische Querdenker ist im Durchschnitt 47 Jahre alt, hat häufig einen akademischen Hintergrund. Zu den Querdenkern gehören Kritiker der Corona-Schutzmaßnahmen, besorgte Eltern, Unternehmer und Anhänger verschiedener Verschwörungsnarrative. Politisch driften die Anhänger von links nach rechts. So hätten 23 % Bündnis 90/Die Grünen, 18 % Die Linke und 15 % die AfD bei der Bundestagswahl 2017 gewählt; würden aber bei der nächsten Gelegenheit die AfD wählen (vgl. Nachtwey et al. 2020: 51). Einige nahmen bereits 2014 an den „Montagsmahnwachen für den Frieden“ teil, deren Auslöser die russische Besetzung der Krim war (Daphi *et al.*, 2014).

---

21. Am 5. November 2023 fand in Leipzig eine Demonstration mit 200 Teilnehmern statt, bei der Flaggen Russlands und der rechtsextremen Kleinstpartei „Freies Sachsen“, die den „Säxit“ fordert und vom Verfassungsschutz des Landes Sachsen beobachtet wird, geschwenkt wurden. Im August 2023 gab es zuletzt eine Demonstration in Berlin mit 4.600 Teilnehmern.

22. Die sogenannten „Reichsbürger“ (circa 21 Tausend) kennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an. Für sie sei es ein ‚Konstrukt der Alliierten‘ (Speit, 2023: 97). Der Staat führt regelmäßig Razzien gegen die Organisation durch und erhob zuletzt am 13. Dezember 2023 Anklage gegen mutmaßliche Mitglieder.

Die Bewegung begann als Protest gegen staatliche Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie und entwickelte sich zu einem Widerstand gegen die gesellschaftliche Relevanz der Klimakrise sowie gegen die politische und militärische Unterstützung der Ukraine (Speit, 2023a: 99). Die Verschwörungsnarrative der Querdenker, die auf der jüngsten Querdenker-Demonstration am 16. November 2023 den Krieg im Nahen Osten aufgriffen, sind oft antisemitisch konnotiert. Ihre Forderungen reichen aktuell von der Verteidigung des Bargelds über die Ablehnung der Klima- und Energiepolitik zu einem „freien Staat Palästina“ (Speit, 2023b). In den vergangenen Monaten sind Querdenker schon anlässlich des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Straße gegangen und forderten, die Sanktionen gegen Russland aufzuheben und die Waffenlieferung zu stoppen.

Die gemeinsame Haltung der Querdenker liegt weniger in spezifischen Inhalten als in der Ablehnung einer vermeintlich ‚gleichgeschalteten‘ Öffentlichkeit von Eliten in Medien und Politik (Leistner & Stach, 2021: 390). Sie verstehen sich als Gegenstimmen einer geschichtsträchtigen Bewegung auf der Suche nach neuen „Wahrheiten“ und definieren sich über eine alternative Wissensordnung<sup>23</sup> (Pantenburg *et al.*, 2021: 22-27). Diese Bewegung des ‚Querdenkens‘ wird als ein neuer „Typus sozialer Proteste: dem des epistemischen Widerstandes“ angesehen (Spiegel *et al.*, 2020: 20-26); als „Ausdruck einer fundamentalen Legitimationskrise der modernen Gesellschaft“ mit ihren Institutionen der Parlamente, Parteien und Presse (Nachtwey *et al.*, 2020: 61). Darüber hinaus fand die Bewegung der Querdenker ihren Kitt in den euphorischen Gemeinschaftsgefühlen während der Großdemonstrationen. Diese Gemeinschaften teilten das Gefühl, sich gegen eine ungerechtfertigte Einschränkung von Grundrechten wehren zu müssen (Leistner & Stach, 2021: 390).

Aus der Coronaleugner-Bewegung ging im Juni 2020 die Partei „Basisdemokratische Partei Deutschland“ (dieBasis) hervor, die inzwischen mehr Mitglieder hat als die AfD<sup>24</sup> (Speit, 2023a: 98). Die Mitglieder dieser Partei sind ein „diffuses Sammelbecken von Verschwörungsideolog:innen, Rechtspopulist:innen, linksesoterischen Impfgegner:innen und verunsicherten Bürger:innen“ (Speit, 2021). Sie proklamiert einen „Konsens und Willen des ganzen Volkes“, unabhängig von traditionellen politischen Kategorien von Rechts, Links oder der Mitte<sup>25</sup>. Bislang spielt sie im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland allerdings keine signifikante Rolle und erfreut sich insgesamt keinem großen Bekanntheitsgrad.

---

23. Daher werden auch historische Analogien, insbesondere zur DDR, häufig verwendet und eine Identifikation mit den Revolutionären von 1989 hergestellt. Es wird zum Beispiel behauptet, dass man auch heute noch in einer Diktatur lebe, die als ‚Gesundheitsdiktatur‘ bezeichnet wird.

24. Während die AfD 32.000 Mitglieder zählt, hat dieBasis bereits 34.000.

25. Verfügbar auf: <https://diebasis-partei.de>.

## Von Fridays for Future zu Letzte Generation: Klimabewegung als Protestform der jungen Generation

In Deutschland haben Schüler und Aktivisten im Einklang mit internationalen Bewegungen wie „Fridays for Future“ (FFF) für wirkungsvollere Maßnahmen gegen den Klimawandel demonstriert. Diese Bewegung erhielt breite Unterstützung und löste politische Diskussionen über die Klimapolitik aus. Die jungen Protestierenden werden als glaubwürdig betrachtet, da sie sich auf fachwissenschaftliche Expertise stützen und für ihre eigene Zukunft kämpfen (Klandermans, 1988: 173-196).

Die FFF-Bewegung begann im Dezember 2018, als Schüler in Anlehnung an die Schwedin Greta Thunberg weltweit koordinierte Proteste gegen die Klimapolitik organisierten. Der Höhepunkt in Deutschland war der dritte globale Klimastreik im September 2019, an dem bundesweit 1,4 Millionen Menschen in über 500 Städten teilnahmen. Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020 kam es vorübergehend zu einem Stopp der Proteste. Im Vergleich zu früheren Klimaprotesten knüpft die FFF-Bewegung an die Klimaproteste der Nullerjahre an mit einem stärkeren Fokus auf die persönlichen Auswirkungen des Klimawandels (Sommer *et al.*, 2020: 37). Anders als frühere Bewegungen wird der FFF-Protest außerdem von einem hohen Vertrauen in die Wissenschaft begleitet (ebd.: 37). Die Bewegung ist grundsätzlich nicht systemkritisch<sup>26</sup>, sondern fordert eine konsequentere Umsetzung der Pariser Klimabeschlüsse. Die Forderungen der FFF-Bewegung erstrecken sich dabei von individuellen Verhaltensänderungen über nationale strukturelle Maßnahmen<sup>27</sup> bis hin zu globalen Veränderungen in der internationalen Wirtschaftsordnung.

Die FFF-Proteste begannen mit einer überwiegend jungen und weiblichen Beteiligung von relativ unerfahrenen Schülern, und entwickelten sich im Laufe der Zeit zu einer breiteren Mobilisierung mit höherer sozialer Diversität<sup>28</sup> (wenngleich die Protestbewegung weiterhin außergewöhnlich jung bleibt im Vergleich<sup>29</sup>). Die Bewegungsstruktur ist mit

---

26. Die Protestierenden ordnen sich überwiegend links der Mitte ein – fast 83% (obwohl die Mehrheit sich mit keiner politischen Partei identifiziert). Bei den letzten Bundestagswahlen hätten 56% Bündnis 90/Die Grünen und 30% Die Linke gewählt (Sommer *et al.*, 2020: 57ff). Trotzdem zeigen sie ein stabiles und grundsätzliches Vertrauen in die verfasste Demokratie und in Wahlen als Instrument politischer Partizipation (ebd.: 50). Sie äußern sich nur unzufrieden mit der gegenwärtigen Funktionsweise insbesondere der nationalen Institutionen wie Parteien, Regierungen und Parlamente (Neuber *et al.*, 2020: 89).

27. Es gibt bislang keine Vorschläge für institutionelle Neuerungen, abgesehen von der Forderung nach Bürgerräten mit noch unspezifischer Ausgestaltung.

28. Nichtsdestotrotz stammt der Großteil aus (sehr) gut gebildeten, gesellschaftlich bestens integrierten und politisch interessierten, beziehungsweise engagierten Mittelschicht, ohne unmittelbare Migrationserfahrung (Sommer *et al.*, 2020: 59).

29. Die mittlere Alterskategorie zwischen 30 und 60 Jahren dominiert normalerweise das Protestgeschehen in Deutschland (ebd.: 51).

regelmäßigen Kundgebungen und der Unterstützung durch etablierte Umweltverbände dezentral organisiert. Die Bewegung zeigt dabei eine schwächere Präsenz im Osten Deutschlands und rekrutiert sich vorwiegend aus gut gebildeten Mittelschichtfamilien.

Die Bewegung mobilisierte erfolgreich durch regelmäßige Kundgebungen in Form von Großdemonstrationen und wöchentlichen Freitagsprotesten und erreichte somit hohe mediale Aufmerksamkeit. Die interne Koordinierung läuft über den Messengerdienst WhatsApp. Bundesweite Koordination und Entscheidungen erfolgen überwiegend per Telefonkonferenzen. Die Arbeit in Form von Projekten findet in Arbeitsgruppen statt. Auf lokaler Ebene orientiert man sich an Delegationsprinzipien und basisdemokratischen Entscheidungen. FFF bleibt dieser Linie treu und verweigert bis heute eine formelle Struktur (ebd.: 108ff). Mit Blick auf die Informationskanäle verwundert der Befund, dass soziale Medien zwar wichtig für die Mobilisierung waren. Unter Jugendlichen stellen diese allerdings nicht die zentrale Informationsquelle für die Teilnahme an den Demonstrationen dar, sondern die persönlichen Kontakte sind dafür ausschlaggebend, zum Beispiel über die Schule (ebd.: 41).

Mit Ausnahme von Aktionen des zivilen Ungehorsams<sup>30</sup> verzeichnete die Bewegung keine Fälle von Gewalt. Während an manchen Orten das Klimathema direkt in die lokale Politik transportiert werden konnte,<sup>31</sup> wurden ihre politischen Forderungen kaum umgesetzt. Dies führte bei einigen zu Ermüdungs- und Frustrationserscheinungen. Einige Aktivisten erwogen radikalere Aktionsformen, doch die Mehrheit lehnte dies ab. Anstelle der Radikalisierung entstanden Extinction Rebellion im Herbst 2019 und die „Letzte Generation“ (LG) im August 2021. Während Ersterer die Substanz fehlte, füllt Letztere seitdem die Lücke, die für radikalere Forderungen nach einem politischen und wirtschaftlichen Systemwandel steht, der zu einer sozialgerechten Wende gegen fossile Rohstoffe führen soll. Viele der LG-Aktivisten waren vorher schon bei FFF engagiert.

Die LG setzt bewusst auf zivilen Ungehorsam (Straßenblockaden, Besprühen öffentlicher Gebäude, Besetzung von Infrastruktur), um auf die Folgen der Klimakrise aufmerksam zu machen und die Verhältnisse für einen effektiveren Kampf gegen die Klimakrise zu verbessern. Die Aktionen sind gleichzeitig Ausdruck einer Verzweiflung angesichts fehlenden politischen Handelns. Die LG ist eine straff geführte Organisation mit einem erweiterten Führungszirkel und Arbeitsgruppen auf Bundesebene

---

30. Blockade der Siemens-Zentrale in Bremen durch Aktivisten von FFF und Ende Gelände (Weser-Kurier, 2020).

31. Zum Beispiel durch zahlreiche Stadtratsbeschlüsse zum Klimanotstand (siehe [www.klimabuendnis-hamm.de](http://www.klimabuendnis-hamm.de)), durch die Beteiligung an lokalen Jugendparlamenten (Leipzig), Jugendbeiräten und Demokratiebündnissen (Zwickau) sowie die Formulierung und Umsetzung lokaler Klimakonzepte (Rucht & Rink 2020: 100).

sowie Unterarbeitsgruppen, Regionalteams und lokale Gruppen<sup>32</sup>. Als Erfolg lassen sich die Vereinbarungen der LG mit den Städten Hannover, Marburg und Tübingen bewerten, in denen die Bewegung die Forderungen nach einem dauerhaften 9-Euro-Ticket, einem Tempolimit von 100 km/h und die Gründung eines Gesellschaftsrats mit gelosten Mitgliedern durchsetzen konnten<sup>33</sup>. Trotz öffentlicher Kritik fühlt sich die Gruppe demokratischen Prinzipien verpflichtet. Während einige Klimaaktivisten sich von den radikaleren Aktionen distanzieren,<sup>34</sup> und gesellschaftliche Teile zunehmend aggressiver reagieren, ist das demokratische System nicht durch diese Art von Protest bedroht. Von einer Verschärfung der Proteste ist derzeit nicht auszugehen<sup>35</sup>. Vor diesem Hintergrund scheint die Diffamierung der LG als ‚Klimaterroristen‘ und potentielle ‚Staatsfeinde‘ nicht gerechtfertigt. Diese Annahme führt vielmehr zu gesellschaftlichen Spannungen und schränkt den Raum für konstruktive Debatten ein.

---

32. Der Spiegel (2023): „Die neuen Staatsfeinde“, vom 19.08.2023, Nr. 34, S. 8-16.

33. Süddeutsche Zeitung (2023): Städte machen Deals mit der „Letzten Generation“, in: SZ online vom 6. März 2023, verfügbar auf: [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de).

34. Siehe Deutschlandfunk (2023): „Neubauer kritisiert Proteste von „Letzter Generation““, in: DLF online, verfügbar auf: [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de).

35. Laut Bundeskriminalamt zeigt LG keine Tendenz zum Extremismus auf: Tagesschau (2023): „Keine Extremismus-Tendenz bei "Letzter Generation"“, verfügbar auf: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).

# Protestentwicklung in Frankreich

## Unzufriedenheit als Wesensmerkmal französischer politischer Kultur?

Die Protestkultur in Frankreich zeichnet sich durch eine tiefe Verwurzelung von Streik und zivilem Ungehorsam aus. Die breite Unterstützung der Bevölkerung für Streikende und Protestierende spiegelt eine tief verwurzelte Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen wider (Fettin, 1998: 99). Viele Franzosen sehen sich als Nachfahren der Revolution, und die Idee der Revolution ist als Symbol des radikalen Widerspruchs fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Das Verhältnis zwischen Teilen der Gesellschaft, den Bürgern und dem Staat scheint demnach äußerst konfliktbehaftet. Frankreich befindet sich aktuell in einer tiefen Krise, die durch ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber der Demokratie und negativen Emotionen gegenüber der Politik gekennzeichnet ist<sup>36</sup>. Diese Krise manifestiert sich in zunehmender Wahlenthaltung, in der Bereitschaft zur Gewalt als politischem Ausdrucksmittel und in der Entstehung alternativer, sozial vielfältiger Bewegungen wie den Gelbwesten.

Vor allem die Proteste der 1968er Revolution haben die moderne Protestkultur Frankreichs geprägt, in der Studentenproteste, Arbeiterstreiks und soziale Unruhen das Land an den Rand eines Umsturzes brachten. Seit Anfang der 1970er-Jahre (Schüler, Studenten) dann Ende der 1980er-Jahre (Arbeiter und Angestellte) wurden die Protestbewegungen oft von spontan entstandenen „Koordinierungen“ („coordinations“) ausgerufen und organisiert. Die Bedeutung der etablierten Gewerkschaften nahm mit der Privatisierungswelle ab Anfang der 1980er-Jahre ab. Als traditionelle Arbeitnehmerorganisationen scheinen sie aufgrund ihrer geringen Mobilisierungskraft im Gegensatz zu Deutschland nicht in der Lage zu sein, ihre bisherige Rolle als Vermittler zwischen Arbeitnehmern und Staat, beziehungsweise Arbeitgebern wahrzunehmen. Wichtige Meilensteine der letzten Jahrzehnte waren die Rentenreformen (1995 und 2010), die Proteste gegen den Erstanstellungsvertrag (CPE, 2006), die Ehe für alle („La Manif pour tous“,

---

36. 64 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die Demokratie nicht gut funktioniert. Negative Emotionen gegenüber der Politik werden von 72 Prozent der Befragten geäußert. (Tartakowsky, 2021). Im Vergleich stimmen laut einer Studie der Körber-Stiftung nur 54 der Befragten in Deutschland der Aussage zu, weniger großes oder geringes Vertrauen in die Demokratie zu haben. Siehe Körber-Stiftung (2023): „Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie“, verfügbar auf: <https://koerber-stiftung.de>.

2013)<sup>37</sup>, die Proteste zu Migrationsthemen (zuletzt im Frühjahr 2023) und zur Situation der Jugendlichen in den Vorstädten, gegen Rassismus und Polizeigewalt (u.a. 2015), aber auch die Proteste gegen die Arbeitsmarktreform (2016), die Gelbwesten-Bewegung und die Umwelt- und Klimaproteste. Die historischen Protestbewegungen wurden von Gewerkschaften, Künstlern und Intellektuellen getragen, die sich gegen politische Repression, Zensur und soziale Ungerechtigkeiten wandten. In jüngster Zeit erhoben sie ihre Stimme auch für die Anliegen der Umwelt- und Klimabewegung. Insbesondere mit den aufkommenden sozialen Konflikten Anfang der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre begann die Mobilisierung entgegen der allgemeinen Wahrnehmung im rechten Spektrum. Vor allem der politische Katholizismus prägte in dieser Zeit die Protestkultur in Frankreich (Tartakowsky, 2021). Die aktuellen Proteste erstrecken sich auf eine Vielzahl von Themen, von Arbeitsreformen über Migration bis hin zu Umwelt- und Klimafragen.

Die Protestkultur in Frankreich zielt insgesamt betrachtet häufig auf Themen wie soziale Gerechtigkeit, politischer Wandel und den Schutz individueller Rechte ab. Die Forderungen richten sich gegen neoliberale Ideologien, Deregulierung und den Abbau des Wohlfahrtsstaates. Auslöser der Proteste sind daher häufig politische Vorhaben wie die Einführung von (höheren) Steuersätzen, die Schließung von (Groß-)Betrieben und öffentlichen Einrichtungen der öffentlichen und medizinischen Daseinsvorsorge oder der weitreichende Abbau sozialer Errungenschaften. Ähnlich wie in Deutschland führt die zunehmende digitalisierte Kommunikation zu koordinierten Mobilisierungen globaler Protestbewegungen, beziehungsweise internationaler Ereignisse und damit zu schnell wechselnden, sich parallel überlagernden Protestereignissen in beiden Ländern. So haben beispielsweise die Mobilisierungen von Menschen mit Rassismus- und Sexismuserfahrungen zugenommen („Black Lives Matter“ infolge des gewaltvollen Tods von Georg Floyd 2020, (#metoo 2017, #aufschrei 2013, #BalanceTonPorc). Aber auch internationale Konflikte und Krisen wie der Krieg im Nahen Osten und die Solidaritätsdemonstrationen sowohl für Israel als auch für Palästina.

Die Straße, als eigenständige Institution betrachtet, spielt eine zentrale Rolle im Machtverhältnis zwischen Staat und Bürger, mit der sowohl positive als auch negative Assoziationen verbunden sind: Zum einen die Revolution, zum anderen die Masse, in der der Einzelne (unter Umständen) seine Kritikfähigkeit verliert (Le Bon, 1895). Doch seit 2003 und dem Ausspruch der Regierung Jean-Pierre Raffarins „Das Parlament muss entscheiden, die Straße muss marschieren, aber die Straße regiert nicht“ („*Le Parlement doit décider, la rue doit défilier, mais ce n'est pas la rue qui*

---

37. Aus der Bewegung wurde zwei Jahre später eine gleichnamige Partei, wenngleich die Gründung vor allem aus steuerrechtlichen Gründen erfolgte.

*gouverne.*“), gilt es für die jeweilige französische Exekutive, sich politisch durchzusetzen. Das Credo, ‚die politische Macht regiert, die Straße manifestiert‘ gehört seither zu jeder Nachfolgeregierung<sup>38</sup>. Immer wieder scheitern Demonstrationen, sei es auf der politischen Rechten (La Manif pour tous) oder auf der Linken (Rentenreform). Die erhebliche Stärkung der Exekutive durch den Übergang vom Septennat (7 Jahre Regierungszeit) zum Quinquennat (5 Jahre Regierungszeit) und die Umkehrung des Wahlkalenders sind Faktoren, die die „Protestdemokratie“ geschwächt haben. Die Geldwesten sind die erste Protestbewegung, die nach einem Vierteljahrhundert eine Regierung dazu gebracht hat, eine soziale Maßnahme zurückzunehmen.

## Gelbwesten: Die Bewegung der „diagonalen Leere“

Die einen verunglimpften die Proteste als Mob von Deppen (*„abrutis“*), Andere halten die Gelbwesten-Bewegung für einen emanzipatorischen Volksaufstand und einen beispiellosen Fall demokratischer Gegenmacht<sup>39</sup>. Mit ihren Forderungen nach mehr Kaufkraft und Abschaffung von Privilegien wird die Bewegung mitunter mit historischen Ereignissen wie der *Jacquerie*<sup>40</sup> oder den Ereignissen von 1848 verglichen (Paoli, 2019: 19).

Die Gelbwesten-Bewegung ist eine soziale und politische Protestbewegung, die im November 2018 in Frankreich entstand und sich durch samstägliche Kundgebungen vor allem an Verkehrskreiseln in periurbanen Zonen und Großdemonstrationen in großen Städten auszeichnet. Obwohl etwa 75 % der Bevölkerung dem Ansinnen der Bewegung zustimmten, beteiligten sich aktiv nur etwa eine halbe Million (Guerra *et al.*, 2019: 2). Die Bewegung erhielt ihren Namen von den gelben Warnwesten, die ihre Teilnehmer während der Proteste trugen. Der Auslöser für die Bewegung war die Einführung einer Erhöhung der Kraftstoffsteuern durch die französische Regierung, um Umweltziele zu erreichen. Die Maßnahme wurde von vielen als unfaire Belastung für die unteren und mittleren Einkommenschichten empfunden.

Die Proteste begannen als spontane Aktionen von Bürgern, vorwiegend aus ländlichen Gebieten und Vororten, die sich gegen die steigenden Treibstoffpreise und die als ungleich empfundene wirtschaftliche Politik richteten. Die Bewegung entwickelte sich rasch zu einem breiteren sozialen

---

38. Der damalige Präsident Francois Hollande äußerte sich in ähnlicher Weise anlässlich der damaligen Proteste gegen sein Gesetz „Ehe für alle“: „Gesetze werden nicht nach der Anzahl der Demonstranten gemacht. Ansonsten würde die Straße entscheiden“ („*On ne fait pas une loi en fonction du nombre de manifestants, sinon ce serait la rue qui déciderait*“).

39. Vgl. Karikaturen von Xavier Gorce; siehe Batigny & Gorelick, 2020: 856-865; Camell Galí *et al.*, 2020: 866-876.

40. Gewalttätige Bauernaufstände, die sporadisch ab dem 15. Jahrhundert gegen die Steuerlast entbrannt waren und ebenfalls keine Anführer hatten.

Aufstand gegen soziale Ungleichheit, niedrige Einkommen, hohe Lebenshaltungskosten und die als elitär empfundene Politik. Die Gelbwesten-Proteste erreichten ihren Höhepunkt im Dezember 2018, als Zehntausende Menschen in ganz Frankreich auf die Straßen gingen, um gegen die Regierung von Präsident Emmanuel Macron zu demonstrieren. Die Proteste wurden von gewalttätigen Auseinandersetzungen begleitet, die zu erheblichen Schäden führten. Die Forderungen der Gelbwesten reichten von einer Absenkung der Treibstoffsteuern über höhere Mindestlöhne bis hin zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Gelbwesten-Bewegung hat seither an Intensität verloren, aber ihre Auswirkungen und Forderungen haben weiterhin Einfluss auf die politische Debatte in Frankreich. Sie hat auch zu einer breiteren Diskussion über soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Ungleichheit, Umweltfragen und das Ende der repräsentativen Demokratie geführt. Die Bewegung lehnte die politische Vereinnahmung durch politische Parteien kategorisch ab. Die Forderung nach Volksbegehren („*referendum d’initiative citoyenne*“) und direkter Demokratie wurde hingegen immer wieder laut.

Die Gelbwesten-Bewegung zählt aufgrund ihrer Mobilisierungskraft zu den stärksten nationalen Bewegungen des 20. und 21. Jahrhunderts, die nicht von Gewerkschaften zentral gesteuert werden (Tartakowsky, 2021). Sie führte dazu, dass Präsident Macron die Steuererhöhung auf Benzin und Diesel zurücknahm, die Mautgebühren senkte, den Mindestlohn erhöhte, Rentner finanziell entlastete und im Frühjahr 2019 einen großen Bürgerbeteiligungsprozess („*Grand débat*“) anstieß.

Die Gelbwesten-Bewegung repräsentiert eine breite soziale Gruppe, darunter Arbeiter, Angestellte kleiner Unternehmen, Selbstständige, Menschen ohne Gewerkschaftszugehörigkeit, unabhängige Arbeitnehmer, Arbeitslose, prekäre Beschäftigte und Pflegekräfte. Sie bezeichnen sich als plebejische Mischung verschiedener Berufsgruppen und damit als genuiner Volksaufstand (Paoli, 2019: 72). Geografisch erstreckt sie sich von der „*diagonale du vide*“ im Nordosten bis zu den Pyrenäen – in Orten und Städten, in denen der öffentliche Dienst unterausgestattet ist. Die Bewegung ist breit, inklusiv und dezentral, ähnlich wie die „*Bonnets rouges*“-Bewegung von 2013, bei der sich Menschen verschiedenster politischer Couleur versammelten. Ein Viertel der Befragten interessiert sich sehr für Politik. Verglichen zur französischen Gesamtbevölkerung mit 10 % sind die Demonstranten damit überdurchschnittlich politisch interessiert (Guerra *et al.*, 2019: 3). Etwa die Hälfte der Aktivisten gab an, vorher noch nie demonstriert oder gestreikt zu haben (Righi, 2022: 91). Mit zwischen 40 % und 60 % (je nach Demonstrationsumfrage) verortet sich die Mehrheit unter ihnen

nicht auf der Links-Rechts-Achse<sup>41</sup>. Die restlichen Anteile verteilen sich auf 40 % Links, 15 % Rechts (Righi, 2022: 89). Teilnehmer haben ein politisiertes Selbstbewusstsein, sind vom sozialen Abstieg bedroht und stammen aus verschiedenen sozialen Schichten (Wahl, 2019: 7). Gemeinsame soziologische Merkmale der GJ sind ihre harten Arbeitsbedingungen wie Nachtschicht, niedrige Löhne und geringe Karrieremöglichkeiten. Außerdem sind sie stark auf ihre Autos angewiesen (Blavier, 2021), da sie oftmals in ländlichen und stadtnahen Gebieten leben und daher ein erheblicher Teil ihres Budgets für Autotreibstoff verwendet wird.

Seit 1968 sind die Gelbwesten die erste Bewegung, die durch Ausarbeitung von Forderungen wieder proaktiv einen Gegenentwurf zur Regierungspolitik vorgelegt hat und nicht nur defensiv auf Vorschläge reagiert (Tartakowsky, 2021). Die Bewegung ist dabei gekennzeichnet durch die allgemeine Empörung über soziale Missstände und demokratische Defizite. Sie kritisiert Regierungsmaßnahmen der Steuererleichterungen bei gleichzeitiger Kürzung von Sozialausgaben und betont das kollektive Narrativ eines ‚souveränen Volks‘ und der ‚Zurückgelassenen‘ gegen eine als korrupt empfundene Elite (Guerra *et al.*, 2019: 4). Die Skepsis gegenüber politischen Eliten und etablierten Formen der Repräsentation in Frankreich ist besonders ausgeprägt, die bereits vorher schon tendenziell größer als in Deutschland war (Heidenreich, 2014: 55). Aus diesem Grund lehnt die Bewegung auch für sich jede Form der Repräsentation (Sprecher, Organisationsstruktur) ab. Die insgesamt 42 entwickelten Forderungen der Gelbwesten umfassen mehr Steuergerechtigkeit, eine Mindestlohnerhöhung, die Erhöhung kleiner Renten, die Reduzierung der Diäten von Abgeordneten, den Rücktritt des Präsidenten und die Einführung von Bürgerreferenden („referendum à l’initiative citoyenne“) (Wahl, 2019: 20). Die Gelbwesten-Bewegung zeichnet sich damit durch eine radikal-demokratische Agenda aus, wobei es durch die Heterogenität in der Zusammensetzung auch zu gegensätzlichen ideologischen Ansichten kommt, insbesondere beim Thema Einwanderung (Righi, 2022: 19). Insgesamt gibt es eine deutliche Ablehnung aller politischen Institutionen und Medien, wobei eine direkte Beteiligung der Bürger an Entscheidungen betont wird. Die Bewegung wird als Gegengewicht zu den üblichen Formen der Repräsentation, wie Parteien, Gewerkschaften und Medien, betrachtet.

Die Gelbwesten-Bewegung unterscheidet sich in Aktionsformen und internen Strukturen von klassischen Protestbewegungen. Die Aktionen der Gelbwesten umfassen die Besetzung von Kreisverkehren außerhalb der Städte („*Territoire de chez soi*“) und Demonstrationen in den Stadtzentren („*Territoire de l’autre*“), die mit Spannungen und auch Eskalationen teilweise einhergehen. Die Bewegung mobilisiert Menschen, die zuvor nicht

---

41. Wohlmöglich auch deshalb wurde mit den gelben Westen eine politisch neutrale Farbe in Frankreich gewählt.

in sozialen Bewegungen aktiv waren, und besteht aus kaum organisierten Bevölkerungsgruppen, die sich schnell politisiert haben. Wie oft in Demonstrationen zu beobachten, wird auch hier die Nationalhymne „*La Marseillaise*“ als Symbol eines gemeinsamen Widerstandes gegen eine als ungerecht empfundene Macht genutzt. Als Mobilisierungsinstrument und Kommunikationsplattform der Bewegung dient Facebook.

In Deutschland kam es im grenznahen Raum und in einigen Groß- und Kleinstädten vereinzelt zu Solidaritätsbekundungen mit den französischen GJ - allerdings mit eher überschaubarem Mobilisierungserfolg<sup>42</sup>. Eine eigene Facebook-Gruppe „Gelbe Westen deutschlandweit“ zählte teilweise bis zu 30.000 Mitglieder<sup>43</sup>. Die aufgeworfenen Themen dort reichten vom Rücktritt der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, über den Globalen Pakt für Migration der UN bis hin zur Legalisierung von Cannabis. Überdurchschnittlich viele unter ihnen gaben eine AfD-Nähe in ihren Profilen an<sup>44</sup>. Die AfD griff die Gelbwesten-Bewegung verstärkt im Bundestag und in den Landesparlamenten auf. Rechtsextreme Organisationen, wie PEGIDA meldeten entsprechende Demonstrationen an. Wie im französischen Original waren aber auch Unterstützer der extremen Linken bei den Protesten in Deutschland vertreten und begrüßten die Forderungen der französischen Demonstranten<sup>45</sup>.

## **Klima- und Umweltbewegungen: Vielfältigkeit behindert größeren Mobilisierungs- und Wirkungsgrad**

Die Klimaproteste in Frankreich im Lichte der FFF weisen deutliche Unterschiede in ihren Forderungen, der sozialen Struktur der Teilnehmenden und den politischen Einstellungen der Protestierenden im Vergleich zu Deutschland auf. Die diversen politischen Positionierungen der Demonstrierenden sowie die bereits ergriffenen nationalen Maßnahmen spiegeln sich in ihren sozialen Profilen und Einstellungen zu staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie den spezifischen Anliegen der Bewegung wider (Sommer *et al.*, 2020: 68). Die Klimaproteste

---

42. Die größten Proteste fanden in Stuttgart mit rund 800 Menschen im Februar 2019 statt. Verfügbar auf: [www.badische-zeitung.de](http://www.badische-zeitung.de). Ansonsten demonstrierten im Dezember 2018 60 Teilnehmenden aus Deutschland und Frankreich in Kleinblittersdorf an der Grenze zu Frankreich; verfügbar auf: [www.saarbruecker-zeitung.de](http://www.saarbruecker-zeitung.de), wurden gelbe Westen an Autobahnbrücken in Dessau-Roßlau im November 2018 aufgehangen, verfügbar auf: [www.mz.de](http://www.mz.de) und jeweils bis zu zwei Dutzend Menschen versammelten sich im Dezember 2018 in Heilbronn, Dortmund und Aachen, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

43. Aktuell sind es rund 19.300.

44. Verfügbar auf: [www.badische-zeitung.de](http://www.badische-zeitung.de).

45. S. Wagenknecht, Initiatorin des linken Sammlungsbündnisses „Aufstehen“, die nun nach Verlassen der Partei DieLinke die Gründung einer eigenen Parteienbewegung „Bündnis Sahra Wagenknecht“, verfügbar auf: <https://buendnis-sahra-wagenknecht.de/> angekündigt hat, hatte zu einer Kundgebung in München mit 200 Personen aufgerufen; verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

werden zudem oft mit Themen und Aktionen anderer Demonstrationen und bestehender Bewegungen (zum Beispiel Kolonialismus, Intersektionalität) verknüpft, anstatt eigenständige Initiativen zu entwickeln.

Die Klimaaktivisten in Frankreich (Youth for Climate) haben in den letzten Jahren verschiedene Formen des zivilen Ungehorsams angewendet, um auf Umweltfragen aufmerksam zu machen. Diese Aktivitäten umfassen Klimastreiks, Sitzblockaden bei Unternehmen wie Amazon, Monsanto oder Banken wie BNP Paribas und Société Générale, denen vorgeworfen wird, schmutzige Energien zu finanzieren (Lecoeuvre, 2023: 81). Lokale Aktionen aller Art werden durchgeführt, und viele zuvor unpolitische Menschen engagieren sich nun, wobei Organisationen wie Greenpeace, Amis de la Terre (der französische Zweig von Friends of the Earth), Attac oder France Nature Environnement an Bedeutung gewinnen. Diese Gruppen stellen die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung radikal infrage und kämpfen für grundlegende Veränderungen.

Unterschiedliche Gruppierungen innerhalb der Bewegung unterscheiden sich in ihrer Radikalität. Obwohl nur wenige Ökoaktivisten aus der Arbeiterklasse stammen, haben sie erkannt, dass ökologische und soziale Probleme miteinander verbunden sind. Initiativen wie Alternatiba, 2013 gegründet, und Action non-violente COP21 (ANV-COP21) haben sich zum Beispiel bemüht, Veränderungen im Alltag herbeizuführen, indem sie versuchten, gemeinsam mit Kommunen Pläne zu entwickeln. Trotz ihrer Bemühungen wurden die Veränderungen nicht als ausreichend eingeschätzt. Einige der Ökoaktivisten schlugen deshalb radikalere Wege ein und schlossen sich Bewegungen wie der „ZAD“ (zone à défendre), die gegen den Bau des Großflughafens im bretonischen Notre-Dame-des-Landes protestierte oder den Gelbwesten-Protesten an, die grundsätzlich Verhandlungen ablehnen und einen grundlegenden Systemwechsel anstreben (Lecoeuvre, 2023: 81).

Angesichts der Dringlichkeit der Umweltprobleme erweitern außerdem zahlreiche Aktivistengruppen ihr Aktionsarsenal, darunter rechtliche Schritte, Demonstrationen, Streiks, Sitzblockaden und Sabotageakte. In Frankreich haben sich Straßenblockaden als ein bedeutendes Mittel des zivilen Ungehorsams etabliert. Die Aktivisten von Dernière Rénovation nutzen aktuell diese Protestform (neben der Störung von politischen Fernsehsendungen, Fußballspielen und Opernaufführungen), die sich durch orangefarbene Westen wie die deutsche LG kennzeichnen und sich damit von den Gelbwestenprotesten abheben. Zusätzlich zu den Blockaden kennzeichnen sie Gebäude mit orangener Farbe wie die LG<sup>46</sup>. Seit Mitte 2022 liegt der Fokus der Aktionen allerdings auf einer einzigen Forderung: der energetischen Gebäudesanierung. Im Gegensatz zu der LG in

46. Jüngstes Beispiel war die Besprühung der Glaspyramide im Innenhof des Louvre.

Deutschland, wo Diskussionen oft um verschiedene Energiequellen kreisen, spielt in Frankreich der soziale Aspekt eine entscheidende Rolle. Bei vielen Aktivisten herrscht ein hohes Maß an Frustration, da sie keine ausreichenden Wirkungen ihrer Aktionen erkennen können (Klimamärsche, wählen gehen, Petitionen). Ziviler Ungehorsam ist die letzte Möglichkeit, ihre Anliegen wirksam zu kommunizieren. Bemerkenswert ist, dass diese Aktionen im Vergleich zu Deutschland weniger mediale Aufmerksamkeit erhalten. Dennoch gibt es erfolgreiche Aktionen wie die des Bündnisses um *Soulèvement de la Terre*. Am 25. März versammelten sich etwa 6.000 Menschen, um gegen die Privatisierung von Wasser in Saint-Soline zu protestieren. Sie kritisieren die umweltschädlichen Auswirkungen bei der Verwendung von riesigen Wasserbecken zur Bewässerung in der Agrarindustrie. Die breite Solidarität aus der Bevölkerung sowie von Wissenschaftlern und Intellektuellen macht dieses Bündnis zu einem Erfolg inmitten der Umweltbewegungen in Frankreich, die trotz des Engagements und der Aktivitäten im Vergleich zu anderen Bewegungen deutlich geringere Mobilisierungsgrade erzielen<sup>47</sup>. Dies wird teilweise auf nicht einheitliche Positionen linker Parteien zurückgeführt. Die Bewegung hat es deshalb bisher nicht geschafft, sich als nachhaltige und dauerhafte Kraft zu etablieren. Es gibt aktuelle Versuche, den Trend von 2019 wiederzubeleben und neue Strukturen aufzubauen, insbesondere im Vorfeld der Europawahlen. Beobachter kritisieren allerdings, dass die Bewegung nicht besonders strategisch vorgehe und die Organisationsarbeit häufig über Einzelpersonen laufe. Der Schlüssel liegt in der Aufgabe, eine koordinierte und langfristige Bewegung aufzubauen.

## **Der Zustand der Demokratie in Deutschland und Frankreich im Spiegel politischer Protestformen**

Protest in Deutschland und Frankreich ist auf unterschiedliche Weise Ausdruck politischer Unzufriedenheit. Neben Gemeinsamkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Zunahme der Protestaktivität durch erleichterte Informationsbeschaffung und Professionalisierung, lassen sich auch markante Unterschiede feststellen. In beiden Ländern drehen sich die meisten Proteste um wahrgenommene Fehlentscheidungen von Volksvertretern in verschiedenen Politikbereichen. (Die Protestierenden sind tief unzufrieden mit der konkreten Praxis demokratischer Herrschaftsausübung und den bestehenden Repräsentationsstrukturen (auch wenn das demokratische Regierungssystem als solches in Deutschland weniger im Fokus der Proteste steht). Populistische Diskursrahmen durch

---

47. Proteste der Gelbweste, gegen die Rentenreform oder zuletzt die Solidaritätsdemonstrationen für die Menschen im Gaza erzielen laut Angaben der Veranstalter teilweise deutlich höhere Teilnehmerszahlen.

die Überhöhung des vermeintlich ‚einen Volkswillens‘ als kollektive Identitätskonstruktion finden sich teilweise in beiden Ländern wieder. Im Sinne einer transnationalen Dimension übernehmen Protestkulturen (teilweise) Themen, Aktionsformate und insbesondere basisdemokratische Entscheidungsfindungen und setzen sie in den nationalen Kontext, auch wenn Ansichten und Strukturen variieren. Die formulierte Kritik der dargestellten Protestbewegungen ist allerdings nicht mit einer generellen Entfremdung gleichzusetzen. Sie kann vielmehr als Ausdruck eines gesteigerten Interesses an Politik interpretiert werden. Die Mehrheit der Demonstrierenden kann den sogenannten „Confident Critics“ zugeordnet werden – Daphi *et al.*, 2021: 440-468). Die Minderheit unter ihnen bilden die „Disenchanted Critics“, die eher dem Bild politischer „Empörungsbewegungen“ (Ullrich, 2015: 8) entsprechen, deutlich geringere Vertrauenswerte gegenüber politischen Institutionen aufweisen und teilweise sogar offen demokratiefeindlich eingestellt sind.

Sowohl das linke als auch das rechte Spektrum beteiligen sich an Protesten. Das linke Spektrum zeigt in der Regel eine höhere Protestbereitschaft und geht für Themen wie soziale Gerechtigkeit, höhere Löhne und Renten, Umverteilung sowie gerechtere Steuerpolitik auf die Straße. Das konservativ-bürgerliche Spektrum vertritt hingegen Werte des traditionellen Rollenbildes, aber auch Themen des Umweltschutzes im Sinne des Erhalts der Natur. Das in Deutschland verwendete Phänomen des ‚Wutbürgers‘ findet sich in Frankreich ebenfalls bei Angehörigen des bürgerlich-kleinunternehmerischen Milieus wieder, die aus Abstiegsangst und Enttäuschung zum Teil heftig protestieren. Die verbindenden Elemente sind dabei weniger die konkreten Forderungen als vielmehr die geteilten Einstellungen gegenüber Medien, den Eliten und dem politisch-repräsentativen System<sup>48</sup>. Das rechtsextremistische Spektrum hingegen nutzt den Protest vor allem im Zusammenhang mit dem Themenfeld Migration als Mittel der politischen Artikulation.

Die Protestierenden verbindet das emotionale Gemeinschaftsgefühl für ein gemeinsames Anliegen einzutreten. Die Protestgruppen setzen dabei gezielt auf historische Bezüge und nationale, beziehungsweise alltägliche Symbole (bestimmte Wochentage, Kleidung, Parolen oder das Singen der Nationalhymne). Deutliche Unterschiede bestehen derweilen zum einen in der Mobilisierungsstärke und der Intensivität der Protestgeschehnisse. Auch politische Systemfragen, die wirtschaftliche Situation und soziale Strukturen in beiden Ländern beeinflussen unterschiedlich stark die Unzufriedenheit der Protestierenden<sup>49</sup>. Hass auf die politische Führung, Ausschreitungen gewaltbereiter Demonstranten und harte Reaktionen der Sicherheitskräfte

48. Die Protestierenden setzen sich mithin nicht nur aus abgelegenen Gegenden zusammen, sondern auch aus prosperierenden Regionen. Für einen Einblick in die deutsche Perspektive: Manow, 2023.

49. Auch deshalb hat die Gelbwesten-Bewegung in Deutschland nicht die gleiche Resonanz gefunden wie in Frankreich.

sind in Frankreich stärker verbreitet als in Deutschland. Zum anderen liegen die Unterschiede auch in der Verfasstheit und Bedeutung der intermediären Institutionen wie Gewerkschaften, politischen Parteien und der organisierten Zivilgesellschaft begründet. Der sozial-strukturelle Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist in Frankreich weniger stark ausgeprägt. Politische Streiks und öffentlichkeitswirksame Aktionen finden in Frankreich häufiger statt. Denn die französischen Gewerkschaften verfolgen politische und weltanschauliche Überzeugungen wohingegen die deutschen Einheitsgewerkschaften streng neutral sind und somit ein größeres Mobilisierungspotential bieten<sup>50</sup>. Die institutionelle Macht der französischen Gewerkschaften resultiert vielmehr aus einer starken Tarifbindung, die höher ist als in Deutschland<sup>51</sup>. In Deutschland sind die Arbeitnehmervertretungen branchenspezifisch organisiert<sup>52</sup> und die Tarifverhandlungen im Rahmen von Tarifpartnerschaften verlaufen zurückhaltender und einheitlicher. In Deutschland sind politische Streiks verboten. Das kollektive Streikrecht steht ausschließlich den Gewerkschaften zu. In Frankreich hingegen ist der Streik ein individuelles Menschenrecht, so dass bereits zwei Personen für eine Arbeitsniederlegung ausreichen<sup>53</sup>. Dieser Unterschied ist für das Verständnis der Protestkultur beider Länder nicht unerheblich. Er gibt Aufschluss über die gesellschaftliche Wahrnehmung und den Stellenwert von sozialem Dialog, Verhandlung und Kompromiss für das soziale und politische Zusammenleben.

Beide Parteienlandschaften sind in unterschiedlichem Maße Transformationsprozessen der Fragmentierung, Dynamisierung und Ausdifferenzierung unterworfen. Während in Deutschland die Parteien gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, liegt in Frankreich der Schwerpunkt auf dem Ausdruck des Wahlrechts, beziehungsweise des Wählerwillens (Artikel 4 der französischen Verfassung). Sie erfüllen zwar auch eine Mittlerfunktion zwischen Volk und Regierung, aber der Schwerpunkt liegt ausschließlich auf der Repräsentation und nicht auf der Vermittlung und Rückkoppelung an ‚das Volk‘, die letztlich der Meinungsbildung dienlich sind.

---

50. Der bis heute einzige Generalstreik in Deutschland fand im November 1948 gegen die mangelnde Aufarbeitung und strafrechtliche Verfolgung der nationalsozialistischen Verbrechen mit rund neun Millionen Menschen statt (Gassert, 2018: 49).

51. Während in Frankreich 98 von 100 Beschäftigten in Betrieben mit einem Tarifvertrag arbeiten, sind es in Deutschland nur noch 41 %. Verfügbar auf: [www.destatis.de](http://www.destatis.de). Gemäß der europäischen Mindestlohnrichtlinie 2022/2041 sind die EU-Mitgliedstaaten angehalten, die Tarifbindung auf 80% der Arbeitnehmer auszuweiten.

52. In diesem Unterschied liegt vermutlich ein weiteres Argument begründet, warum die französischen Gewerkschaften trotz ihres sozialen und politischen Einflusses geringere Mitgliederzahlen (10,3%) haben als deutsche Gewerkschaften (16,7%). Verfügbar auf: <https://dares.travail-emploi.gouv.fr>.

53. Dieser Unterschied lässt sich gut in Zahlen ausdrücken: Während in Frankreich an 93 Arbeitstagen pro 1.000 Beschäftigte durch Arbeitskampf im Jahr 2022 ausfielen, waren es in Deutschland lediglich 18 (Frindert *et al.*, 2022).

Die Rolle der Zivilgesellschaft unterscheidet sich grundlegend. In Frankreich herrscht ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber (politischen oder nicht-politischen, beziehungsweise nichtstaatlichen) Organisationen, die sich zwischen Staat und Individuum schieben<sup>54</sup>. Die französische republikanische Denktradition der einen und unteilbaren Nation betont die Gleichheit des Bürgers vor dem Gesetz, befreit von jeglicher Kollektivzugehörigkeit, die durch eine direkte Bindung an die Nation als „privilegierte Form gesellschaftlicher Bindungen“ (Schnapper, 1991: 361) gewährleistet wird. Allein der französische Staat ist der Träger des Volkswillens und handelt im Sinne der Rousseauschen „*volonté générale*“. Nicht ohne Grund müssen private Vereine im Sinne der Nation („*intérêt collectif*“) handeln. Im Gegensatz zum vertikalen französischen Ansatz basiert Deutschland auf föderalen Strukturen, die die Autonomie der gesellschaftlichen Kräfte betonen. Der Zivilgesellschaft kommt eine Sonderstellung zu, indem sie „problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeit“ (Habermas, 1994: 443) institutionalisiert. In einem politischen und sozialen Gemeinwesen erscheint die Anerkennung von Vielfalt und autonomen Entscheidungen als wesentlich für den Zusammenhalt. Oder anders ausgedrückt: Der Schutz des Besonderen wird bewusst betont, damit der große Zusammenhang überhaupt möglich ist<sup>55</sup>. Nicht ohne Grund wurde der Begriff der Subsidiarität in Frankreich erst im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht 1992 bekannt (Hartmeier, 2001: 22).

Auch wenn Politikwissenschaftler die mangelnde Wahlbeteiligung teilweise als stille Zustimmung oder rational begründete Entscheidung werten (Heidenreich, 2014: 56), lässt sich nicht leugnen, dass die repräsentative Demokratie unter Druck steht. Krisendiagnosen<sup>56</sup> verlaufen unter den Stichworten „Malaise der Demokratie“, „Demokratieentleerung“ (ebd.: 57) oder „Krise der repräsentativen Demokratie“ (Tormey, 2015). Aufsehen erregte die Analyse der „Postdemokratie“ (Crouch, 2004), in der das äußerlich stabile Gefüge demokratischer Institutionen zwar fortbesteht, aber durch eine Reihe struktureller Entwicklungen substanziiell ausgehöhlt wird.

---

54. Protest- und soziale Bewegungen werden entweder als Bedrohung der verfassungsmäßigen Demokratie (Urbinati, 2013: 137-154) oder als Verkörperung radikaler und utopischer demokratischer Ideale dargestellt (Righi, 2022: 86).

55. Historisch lässt sich das am Wirken des Augsburger Religionsfriedens von 1555 („*cuius regio, eius religio*“) und des Westfälischen Friedens von 1648 ablesen.

56. In Deutschland werden zunehmend Parallelen zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Weimarer Republik (1918-1933) gezogen (Wirsching *et al.*, 2018). Damals waren diese geprägt von einem Mangel an politischem Handlungsspielraum und einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Republik. Die Gegner der Republik nutzen jede Gelegenheit, um die demokratische Ordnung durch vor allem blutige Straßenkämpfe und Streiks zu delegitimieren. Dies führte zu konflikthafter Auseinandersetzungen über die demokratische Idee und ihre Ausgestaltung. Doch das prodemokratische Lager und Hintergrundfaktoren wie die Dolchstoßlegende, Reparationszahlungen, die Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit förderten die extreme politische Polarisierung (Rucht, 2021: 41). Die heutige repräsentative Demokratie in Deutschland ist im Rückgriff auf die Zwischenkriegszeit gefestigter.

Die Proteste in Deutschland und Frankreich bergen sowohl Chancen als auch Gefahren für die Demokratie. Ein Mehr an Protest ist zunächst ein Ausdruck einer lebendigen Demokratie und daher grundsätzlich zu begrüßen. Denn obwohl die aktuellen Proteste auch ein Zeichen wachsender Unzufriedenheit sind, wirken die aufgeworfenen Fragen zu politischen Entscheidungen in einzelnen Themenfeldern politisierend und können zu einem wachsenden Gefühl bürgerschaftlicher Mitverantwortung führen. Protest ermöglicht die Auseinandersetzung mit strukturellen Problemlagen (Ausdifferenzierung sozialer Milieus, ökonomische Globalisierung, grenzüberschreitende Migrations- und Fluchtbewegungen, umwelt- und klimapolitische Herausforderungen) des politischen Gemeinwesens und kann zu institutionellen Veränderungen führen, die den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht werden. Denn Demokratie ist kein starres System, sondern ein Projekt permanenter Demokratisierung (Habermas, 1961: 15). Demokratische Fortentwicklung ist daher ein normatives Anliegen von Protest. Das Zentrum gesellschaftlicher Veränderungen liegt weder im politisch-administrativen Apparat noch in der parlamentarischen Opposition, sondern im system- und politikkritischen Protest. Die entscheidende Frage ist dabei nur, in welche Richtung der Protest in Bezug auf die demokratische Gesellschaft tendiert: Ist er zersetzend oder fortentwickelnd?

Antidemokratische Proteste, insbesondere von rechtsextremen Gruppierungen, stellen in diesem Sinne eine Bedrohung für das demokratische Gefüge dar. Gleiches gilt für die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols und die Rechtfertigung von Protestgewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Auch (vor allem rechts-) populistische Diskurse zur Dysfunktionalität des Demokratiesystems können zu einem Legitimationsverlust liberaler Demokratien beitragen. Narrative wie die Vertretung eines einheitlichen Volkswillens, krude Verschwörungserzählungen und Diktaturvergleiche<sup>57</sup> sind in ihrer demokratiezersetzenden Wirkung ebenfalls nicht zu unterschätzen. Die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Verankerung dieser Narrative in breiten Teilen der Gesellschaft ist allerdings gering. Viel gefährlicher ist hingegen der wachsende Rechts- und in Teilen auch Linkspopulismus in der (bürgerlichen) Mitte, wo die Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems in Frage gestellt wird und das Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern und etablierten Medien wächst.

---

57. „Corona-“ oder „Gesundheitsdiktatur“, Gleichsetzungen der eigenen Rolle mit den von Widerstandskämpfern gegen die Nationalsozialisten, et cetera.

In Deutschland ist derzeit nicht von einer Radikalisierung der Protestbewegungen auszugehen<sup>58</sup>. In Frankreich hingegen besteht aufgrund der hohen Mobilisierungskraft und der sich entwickelnden Ausschreibungsdynamiken zuletzt im Zuge der Geldwesten-Bewegung und der Proteste gegen die Rentenreform durchaus die Gefahr einer weiteren Radikalisierung. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Frustrationserfahrungen, die sich aus dem Mangel an politischer Selbstwirksamkeit – einem der grundlegenden Versprechen der Demokratie – ergeben. Ein besonderes Symptom dieser Dysfunktionalität des demokratischen Systems der 5. Republik Frankreichs ist die häufige Anwendung des Artikels 49.3 durch die französische Regierung, durch den die Abstimmung eines Gesetzestextes im Parlament umgangen werden kann<sup>59</sup>. Die wiederholte Anwendung verstärkt die Frustration der Bürger und lässt befürchten, dass die vorhandene Unzufriedenheit in eine anhaltende Phase der Wut und des Aufruhrs umschlagen könnte. Das Gefühl der Ohnmacht, das sich aus der politischen Einflusslosigkeit ergibt, nährt die Radikalisierungstendenzen zusätzlich. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die politischen Akteure in Frankreich in der Lage sind, auf die Sorgen der Bürger einzugehen und damit einer weiteren Radikalisierung entgegenzuwirken. Der von Präsident Emmanuel Macron seit Beginn seiner zweiten Amtszeit mit dem Ministerium der demokratischen Erneuerung („Ministère du Renouveau démocratique“) eingeleitete Prozess der „neuen Methode“ ist ein Anfang. Entscheidend sind dabei die Auswirkungen der hier eingeführten Instrumente wie zum Beispiel der Nationalrat für die Neugründung („*Conseil national de la refondation*“<sup>60</sup>), der Bürgerkonvent („*convention citoyenne*“<sup>61</sup>) oder der Online-Abstimmungen und Konsultationen, unter anderem in der Applikation AGORA<sup>62</sup> der französischen Regierung auf das Vertrauen der Bürger in die Demokratie mit ihrem System der politischen Repräsentation.

Es ist davon auszugehen, dass Protestthemen, die gesellschaftliche Konfliktlinien repräsentieren Bestand haben werden – im französischen Fall

---

58. Seit den späten 1990er-Jahren ist im Allgemeinen ein rückläufiger Trend bei den Zahlen konfrontativer und gewaltförmiger Proteste zu erkennen (Hutter & Schäfer, 2020). Der Anstieg radikaler Protestformen der Corona-Jahre 2020/2021 setze sich nicht fort: „Radikalisierungstrend der Corona-Jahre gestoppt“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 28. Februar 2023, verfügbar auf: [www.wzb.eu](http://www.wzb.eu).

59. Er legt fest, dass ein Gesetz, das von der Regierung unter Berufung auf ihn eingebracht wird, automatisch als angenommen gilt. Es sei denn, innerhalb von 24 Stunden wird ein Misstrauensantrag gegen die Regierung eingereicht und erhält eine Mehrheit. Die Anwendung dieses Mechanismus ist auf drei Mal pro Sitzungsperiode begrenzt, die jeweils von Oktober bis Juni dauert. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Wenn das vorgeschlagene Gesetz das Staatsbudget betrifft, wie bei der Rentenreform, dann kann der Mechanismus unbegrenzt angewandt werden.

60. Verfügbar auf: <https://conseil-refondation.fr>.

61. Verfügbar auf: <https://conventioncitoyennesurlafindevie.lecese.fr>.

62. Im Herbst 2023 startet das Ministerium für die demokratische Erneuerung die Applikation AGORA mit dem Ziel, dass Bürger sich zu bestimmten Themen in Form von Konsultationen äußern und Fragen an die Regierung stellen dürfen, wobei einmal pro Woche die Frage mit der größten Unterstützung von einem der Kabinettsmitglieder beantwortet wird; verfügbar auf: [www.agora.gouv.fr](http://www.agora.gouv.fr).

die in weiten Teilen der Gesellschaft empfundene soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, der Abbau des Sozialstaats und der öffentlichen und medizinischen Daseinsvorsorge, die sich politisch nicht mehr vertreten fühlen. Sie bleiben nur so lange latent unter der Oberfläche, bis ein Ereignis oder ein neuer Protestakteur sie wieder an die Oberfläche katapultiert (Haunss, 2021: 95). Daher scheint es umso dringlicher, sich angesichts der aktuellen Protestereignisse mit der Debatte über eine Erweiterung der institutionellen Partizipationsmöglichkeiten im repräsentativ-demokratischen System auseinanderzusetzen<sup>63</sup>.

---

63. Von den Ideen einer „Strong Democracy“ (Barber, 1984), über die Graswurzeldemokratie und die föderativ organisierten Räterepubliken (Arendt, 1963) bis hin zu einem mit plebiszitären Elementen angereicherten Repräsentativsystem, wie es etwa der bundesweite Verein „Mehr Demokratie“ fordert. Die Geldwesten-Bewegung fordern gar verbindliche direktdemokratische Verfahren, zum Beispiele Bürgerräte, die neben oder gar über dem Parlament stehen sollen.

# Stärkung der Bürgerbeteiligung durch Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie

Das System der repräsentativen Demokratie findet seine Daseinsberechtigung weiterhin darin, dass es auf wichtigen demokratischen Grundlagen und Standards basiert, über die Beteiligungsformate wie Beiräte oder ‚Runde Tische‘ nicht verfügen können. Allerdings liegt dem repräsentativen System ein immanentes Dilemma zugrunde, welches zu einem konstitutiven Scheitern führen kann („un échec constitutif“ – Mineur, 2014: 52). Die zunehmende Individualisierung und die Ausdifferenzierung der Sozialmilieus der heutigen Gesellschaft kann de facto nicht in ihrer facettenreichen Gesamtheit durch die politische Repräsentation maßstabsgetreu abgebildet werden. Das führt zwangsläufig zu Spannungen, da die „strukturelle Diskrepanz zwischen etablierten Formen der politischen Repräsentation und den Problemen der einfachen Leute nicht didaktisch aufgelöst werden kann“ (Scherr, 2014: 20).

Angesichts dessen sollten strategische Fortschritte in Bezug auf weitere, direktdemokratische Elemente diskutiert und verabredet werden, um Bürgerbeteiligung als politische Äußerung und Einmischung in einer erweiterten Dimension neu zu denken. Ein verstärkter Dialog mit den Bürgern kann gelegentlich dazu beitragen, die Vielfalt der politischen Problemlagen und Meinungen besser abzubilden, das repräsentativ-parlamentarische System responsiver zu gestalten, zu revitalisieren und den Dialograum zu erweitern, den die Proteste zu öffnen und zu gestalten versuchen. Dadurch könnte auch auf die gestiegenen Legitimationsansprüche an politische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse reagiert werden. Je inklusiver und transparenter die Einbeziehung von und Kommunikation mit breiten Öffentlichkeitsteilen<sup>64</sup> durch politische Akteure erfolgt, desto höher ist der politische Lerngewinn für die Bürger in Bezug auf Kompromissfähigkeit, Problemlösungsstrategien,

---

64. Das Internet kann die inklusive, politische Partizipation aller Bürger durch leichteren Zugang zu Informationen sowie zeit- und ortsunabhängige Kommunikation fördern und damit eine Gegenöffentlichkeit schaffen. Die Beteiligung an Debatten mithilfe von Hashtags und Petitionen kann auch ungehörten Stimmen Gehör verschaffen. Es ist allerdings wichtig, die Herausforderungen von Netzdiskursen, wie inhaltliche Verkürzung und ausbleibende Differenzierung, Filterblasen und Falschinformationen, zu berücksichtigen und den Schutz im Netz zu verstärken, um einen rechtsfreien und sich radikalierenden Raum zu vermeiden.

Frustrationstoleranz und Selbstwirksamkeit. Dies führt zur Entwicklung einer politischen Kultur der Mitgestaltung, Debatte und Einigung sowie einem robusten, demokratischen Gemeinwesen. Denn obwohl Selbstwirksamkeit wichtig ist, sollte man sich bewusst sein, dass eigene Forderungen nicht immer Teil demokratischer Entscheidungen sein können und dass Kompromissmechanismen in der liberalen Demokratie von großer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.

Bisherige, zaghafte Versuche, geprägt vom fortbestehenden Misstrauen politischer Eliten gegenüber dem Souverän (Roth, 2011; Rucht, 2018: 40-51), sind ausbaufähig. Oftmals fehlt der ernsthafte Dialog auf Augenhöhe. Bürger werden bisweilen nur angehört und bleiben damit Objekt des Politischen statt zum Subjekt befähigt zu werden. Außerdem besteht die Herausforderung bei direktdemokratischen Instrumenten wie Referenden und Volksbefragungen zu Sach- und Personalentscheidungen darin, dass diese oft keine Kompromissmöglichkeiten bieten und somit zu polarisierenden Auseinandersetzungen führen können. Zudem sind solche Formate nicht geeignet, um Debatten beispielsweise über Haushaltsentscheidungen zu führen. Formen direkter Demokratie benötigen klare inhaltliche Ziele und Themenabgrenzungen, gründliche Vorbereitung, Diskussion, Expertise, wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung, sowie transparente Kommunikation mit der Exekutive und Legislative. Gerade, wenn es um die großen Aufgaben sozialer, technologischer, ökologischer und ökonomischer Transformationsprozesse geht, sollten deliberative Bürgerräte als Ergänzung zum repräsentativen System (sogenannte ‚Mini-Publics‘), wie die Pariser Assemblée citoyenne<sup>65</sup> oder der Berliner Klimabürger:innenrat<sup>66</sup> als weitere Form der demokratischen Entscheidungsfindung flächendeckender in Kommunen, Regionen aber auch auf nationaler Ebene als feste Institutionen etabliert werden. Frankreich und die Europäische Union haben zuletzt mit Bürgerdebatten (Grand Débat, Konferenz zur Zukunft Europas, beziehungsweise die 18 Regionalkonferenzen) Beteiligungsprozesse angestoßen und durch permanente europäische Bürgerforen und regelmäßige Konsultationen verstetigt. Auch die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag unter dem Stichwort „Lebendige Demokratie“ die Schaffung von Bürgerräten festgeschrieben<sup>67</sup>. Entscheidend ist, dass Mitbestimmung von Bürgern kein Selbstzweck darstellt, Ideen und Forderungen der beteiligten Bürger ernsthaft abgewogen und Entscheidungen der Exekutive transparent kommuniziert werden. Klar ist: wenn politische Entscheidungen auf gelebte Mitbestimmung und Empfehlungen von Bürgern basieren, erfahren diese auch eine höhere Zustimmung bei der restlichen Bevölkerung. Partizipation ist erst dann sinn- und identitätsstiftend, wenn der politische Einfluss spürbar ist.

65. Verfügbar auf: [www.paris.fr](http://www.paris.fr).

66. Verfügbar auf: [www.berlin.de](http://www.berlin.de).

67. Siehe Koalitionsvertrag, S.10: verfügbar auf: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de).

## Mehr (partizipative) Demokratie wagen

### ***Europäische Ebene***

Bei der Bürgerbeteiligung verhält es sich ähnlich wie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament: Es genügt nicht, nur anlassbezogen und damit punktuell darauf aufmerksam zu machen, um sich zu beteiligen. Wirkliche Veränderung wird durch kontinuierliche Bewerbung und Einbindung der Bürger gewährleistet. In diesem Zusammenhang ist es gleichermaßen von großer Bedeutung, die Europawahlen im Juni 2024 zu nutzen, um für ein handlungsfähiges Europäisches Parlament zu mobilisieren. Dieses sollte die europäische Integration im Sinne eines Europas der Bürger stärken und die Partizipation der Bürger und der organisierten Zivilgesellschaft fördern:

- Die aktuelle Debatte um eine Reformierung der EU im Lichte der anstehenden EU-Erweiterung(en) nutzen, beispielsweise über die Einführung eines europäischen Vereinsrechts<sup>68</sup>, eines europäischen Wahlrechts mit starken europäischen Parteien und europäischen Wahlkreisen („transnationale Listen“<sup>69</sup>), von EU-weiten Referenden sowie über den Hürdenabbau der Europäischen Bürgerinitiative und die Verstetigung, Ausbau und Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerpanels mit verbindlichen Ergebnissen durch die Verknüpfung mit legislativen und exekutiven Entscheidungsstrukturen (zum Beispiel, dass Bürger über 0,5 % bis 1 % des EU-Budgets verfügen und entscheiden dürfen, wie das Geld investiert werden sollte).
- Die für die Konferenz zur Zukunft Europas genutzte multilinguale Plattform mit integriertem Übersetzungstool in alle 24 EU-Amtssprachen sollte weitergeführt und als neu zu schaffende „Europäische Informations- und Beteiligungsplattform“ (ERIS<sup>70</sup>: European Resource and Involvement System) ausgebaut werden. Informationen zu bestehenden und neu zu entwickelnden Partizipationsangeboten auf EU-Ebene könnten damit zentralisiert und einheitlicher kommuniziert werden, demokratiepolitische Bildungsressourcen und europapolitisches Informationsmaterial bereitgestellt sowie Seminare und Schulungen für Fachkräfte der formalen, non-formalen und informellen Bildung angeboten werden.

---

68. Siehe den entsprechenden Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission: verfügbar auf: <https://eur-lex.europa.eu>.

69. Siehe die Vorschläge des Europäischen Parlaments zur EU-Wahlreform: verfügbar auf: [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu).

70. Gemäß der gängigen Praxis der EU, Programme und Agenturen nach (Halb-) Göttern zu benennen, wird an dieser Stelle der Name der griechischen Göttin des Streits verwendet.

## **Zwischenstaatliche Ebene**

Darüber hinaus könnte das fünfte Jubiläum des deutsch-französischen Kooperationsvertrags von Aachen im Januar 2024 genutzt werden, um demokratische Teilhabe und Mitsprache weiter zu stärken, insbesondere in den Gebieten, in denen das „Franco-Allemand“ kaum bis gar keine Rolle spielt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, über Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft nachzudenken:

- Die Schaffung eines deutsch-französischen Hubs für politische Bildung-éducation populaire („POLBIL-ÉDUPOP“), in dem (politikdidaktische) Fachkräfte aus der Bildungspraxis, Wissenschaftler, Behördenvertreter und Repräsentanten von Jugendorganisationen den Gegenstand gemeinsam für sich definieren, Bedürfnisse analysieren und fachdidaktische Methoden entwickeln. Als Grundlage können die Erkenntnisse, Erfahrungen und Instrumente des Europarates im Bereich der Bürgerschaftsbildung<sup>71</sup> dienen, um die politische Bildung-éducation populaire strategisch deutsch-französisch weiterzudenken und dabei auch explizit bürgerpartizipative Formate in den Blick zu nehmen<sup>72</sup>.
- Es könnten beispielsweise auf lokaler und regionaler Ebene Pilotprojekte entworfen und umgesetzt werden, die sich auf die Erfahrungswerte anderer regionaler Partnerschaften zwischen Deutschland und Frankreich, wie beispielsweise dem Deutsch-Französischen Bürgerrat zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (2020-2021)<sup>73</sup>, stützen.
- Die Etablierung dauerhafter grenzüberschreitender Bürgerforen oder Zivilgesellschaftsräte in Deutschland und Frankreich könnte auch zur Stärkung der (europäischen) Demokratie beitragen.
- Auch der Austausch zwischen deutschen und französischen Verwaltungsbeschäftigten auf lokaler und kommunaler Ebene kann hier entscheidende Dynamiken auslösen, die auch den Ausbau von Europa- und Sprachkompetenzen in den Verwaltungen ermöglichen.

## **Nationale Ebene**

Um die Inklusivität demokratischer Prozesse weiter zu verbessern, sollten zusätzliche Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden:

- Eine automatische Wählerregistrierung, die Möglichkeit, seine Stimme per Briefwahl abzugeben, die Berücksichtigung von leeren Stimmzetteln, die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und das Recht für Ausländer,

---

71. Zum Beispiel die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung; verfügbar auf: <https://rm.coe.int>.

72. Als weitere Anregung können die Überlegungen von „Values Unite“ herangezogen werden; verfügbar auf: <https://valuesunite.eu>.

73. Verfügbar auf: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de>.

auch an nationalen Wahlen teilzunehmen, zumindest nach einer minimalen Aufenthaltsdauer.<sup>74</sup>

- Die politischen Parteien sollten sich in ihrer Mitgliedschaft nicht nur diverser aufstellen und sich marginalisierten Gruppen öffnen, sondern ihr Profil auch im Sinne eines pluralistischen politischen Parteiensystems insbesondere in ökonomischen Fragen schärfen, um jeweilige politische Konfliktlinien stärker für den Wähler erkennbar zu machen. Zusätzlich sollten die Parteien ihre kommunikative Vermittlungsfunktion als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und Staat verbessern und die Potentiale neuer medialer Kommunikationsstrukturen nutzen<sup>75</sup>.
- Die Nutzung von digitalen Instrumenten (soziale Medien, Applikationen, integrierte Übersetzungstools) kann deliberative Formate eine breitere Einbindung der Menschen ermöglichen und ergänzende Funktionen bieten für den Zugang und das Aufbereiten von Informationen, die grenzüberschreitenden Diskussion politischer Themen und die Teilnahme an Entscheidungsprozessen.
- Bürgerforen, die in Städten und ländlichen Gebieten organisiert werden. Sie sollen Raum für Diskussionen zwischen unterschiedlichen Gruppen von Menschen mit verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen bieten. Sie sollen jungen Menschen die Gelegenheit geben, sich mit lokalen und nationalen Politikfeldern frühestmöglich auseinander zu setzen und sie für ehrenamtliches Engagement zu motivieren.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten gezielt finanziell und strukturell unterstützt werden, um mehr Präsenz in vernachlässigten Regionen ausüben zu können. Vor allem junge Menschen brauchen vermehrt alternative Freizeitmöglichkeiten und kostenlose, durch EU-Mitteln finanzierte (sichtbar durch Tafeln und Schildern mit EU-Logo<sup>76</sup>) Rückzugsorte (Jugendtreffs),
- Mehr öffentlich-rechtliche Berichterstattung und Diskursformate zu europapolitischen Aktualitäten zur Stärkung der öffentlichen Meinungsbildung. Denn je regelmäßiger über die Europäische Union berichtet wird, desto besser sind die Menschen informiert und können an konstruktiven Debatten über die Ausgestaltung der europäischen Integration mitwirken.
- „*Make elections great again*“: öffentlichkeitswirksame Kampagne, um den hohen Stellenwert von Wahlen als Grundpfeiler der repräsentativen Demokratie zu verdeutlichen.

---

74. Siehe dazu beispielsweise die Kampagne „Voters without borders“, verfügbar auf: <https://voterswithoutborders.eu>.

75. Insbesondere gilt das für Abgeordnete aus Frankreich (vgl. Heidenreich et al. 2014a: 11).

76. Begünstigte, die für ein Projekt EU-Mittel erhalten, müssen die Förderung für die Öffentlichkeit sichtbar machen.

Die repräsentative Demokratie wurde durch Proteste auf den Weg gebracht. Ihre partielle Weiterentwicklung durch direktdemokratische Elemente entspricht somit dem Wunsch der Bürger nach mehr Mitsprache. Im Kultfilm „Der Hass“ („La Haine“, 1995) von Mathieu Kassovitz gibt es eine Szene, in der der Protagonist Saïd an einem Werbeplakat in Paris vorbeiläuft, auf dem eine Weltkugel zu sehen und der Spruch „Le Monde appartient à vous“ („Die Welt gehört euch“) zu lesen ist. Kurzerhand wandelt er den Satz mit einer Sprühdose in „Le Monde appartient à nous“ („Die Welt gehört uns“) um. Die Szene dokumentiert nicht nur einen Protestakt zivilen Ungehorsams an sich, sondern ist auch Ausdruck eines inhaltlichen Dissens. Die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu gestalten, ist ein Anliegen, das alle betrifft. In einer Demokratie zu leben, bedeutet Rechte und Pflicht zu haben. Sie lebt von engagierten Bürgern, die an und in ihr teilnehmen. Demokratie benötigt Protest, der auf Missstände in den heutigen Gesellschaften hinweist und auf Lösungen drängt. Protest wiederum benötigt Demokratie und ihre bürgerlichen Freiheiten, um sich selbst entfalten zu können. Sie sind zwei Seiten einer Medaille. Sie bedingen sich gegenseitig.

# Literaturverzeichnis

G. Almond; S. Verba (1963): „The Civic Culture“. SAGE Publications, Beverly Hills.

H. Arendt (1963): „Über die Revolution“. Piper, München.

B. R. Barber (1984): „Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age“. University of California Press, Berkeley.

L. Batigny; S. Gorelick (2020): „The Hour Of Revolt: The Gilets Jaunes and the Question of Emancipation“, in: South Atlantic Quarterly, 119 (4), S. 856-865.

P. Blavier (2021): Gilets Jaunes: La révolte des budgets contraints. Presses universitaires de France, Paris.

G. M. Camell; M. Polleri; F. Puletti (2020): „The Gilets Jaunes: From Declassing to Counter-power“, in: South Atlantic Quarterly, 119 (4), S. 866-876.

C. Crouch (2008): „Postdemokratie“. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

P. Daphi; D. Rucht; W. Stuppert; S. Teune; P. Ullrich (2014): „Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden““ (= ibp working papers 1.2014). Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, verfügbar auf: <https://protestinstitut.eu>.

P. Daphi; S. Haunss; M. Sommer; S. Teune (2021): „Taking to the Streets. Disenchanted and Confident Protesters in Germany“, in: German Politics 2023, Vol. 32, No. 3, S. 440-468, verfügbar auf: [www.tandfonline.com](http://www.tandfonline.com).

M. Fétin (1998): „Les grèves de 1995 – Des manifestations à géométrie variable qui, selon les traditions politiques et syndicales, expriment un certain refus du centralisme parisien“, in: J.-M. Benoit; P. Benoit; D. Pucci (1998): „La France découpée, Enquête sur la quadrature de l’Héxagone“, éd. Berlin, Paris, S. 99-103.

J. Frindert; H. Dribbusch; T. Schulten (April 2022), „WSI Arbeitskampfbilanz 2021“, in: WSI, Report, 74, verfügbar auf: [www.wsi.de](http://www.wsi.de).

P. Gassert (2018): „Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945“. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

T. Guerra; C. Alexandre; F. Gonthier (2019): „Populist Attitudes among the French Yellow Vests“, in: Populism, 3 (1). Brill, Leiden, S. 1-12.

J. Habermas (1961): „Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung“, in: J. Habermas; L. von Friedeburg; F. Weltz: „Student und Politik“. Luchterhand, Neuwied, S.11-55.

J. Habermas (1994): „Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.

G. Hartmann; A. Leistner (2019): „Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von „1989“ als Widerstandserzählung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 69. Jg., H. 35-37, S. 18-24.

M. Hartmeier (2001): „Staat und Zivilgesellschaft in Frankreich und in Deutschland – Versuch der Erklärung verschiedener Stile“, in: G. Ammon; M. Hartmeier (Hrsg.) (2001): Zivilgesellschaft und Staat in Europa. Ein Spannungsfeld im Wandel. Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Ukraine, Weißrussland. Nomos, Baden-Baden, S. 10-28.

S. Haunss (2021): „Protestthemen im Wandel der Zeit“, in: M. Langebach (2021): „Protest. Deutschland 1949-2020“. Bpb, Bonn, S. 80-95.

F. Heidenreich; D. Mineur; D. Schulz (Hrsg.) (2014): „Die Bürger und ihr Staat in Deutschland und Frankreich. Les citoyens et leur État en France et en Allemagne ; Kultur und Technik“. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung der Universität Stuttgart, Band 28. LIT-Verlag, Berlin.

F. Heidenreich (2014): „Was politische Parteien sein könnten – Versuch einer normativen Rekonstruktion“, in: F. Heidenreich; D. Mineur; D. Schulz (Hrsg.) (2014): „Die Bürger und ihr Staat in Deutschland und Frankreich. Les citoyens et leur État en France et en Allemagne; Kultur und Technik“. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung der Universität Stuttgart, Band 28. LIT-Verlag, Berlin, S. 55-64.

S. Hutter; I. Schäfer (2020): „Politischer Protest im wiedervereinigten Deutschland. Dossier: Lange Wege der deutschen Einheit“, verfügbar auf: [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

S. Hutter; S. Teune (2012): „Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jg., H. 25-26, S.9-17.

B. Klandermans (1988): „The Formation and Mobilization of Consensus“, in: B. Klandermans; H. Kriesi; S. Tarrow (Hrsg.): „International Social Movements Research 1“, S.173-196.

M. Langebach; A. Leistner (2021): „24. November 2014: „Spaziergang durch Dresden“, in: M. Langebach (2021): „Protest. Deutschland 1949-2020“. Bpb, Bonn, S. 366-371.

G. Le Bon (2011): „Psychologie der Massen“. Anaconda, München.

C. Lecoivre (2023): „Radikales Klima“, in: Edition Le Monde Diplomatique, „Auf den Barrikaden. Das Protestjahrzehnt 2011-2021“, Nr. 32, taz Genossenschaft, Berlin. S. 80-85.

A. Leistner; S. Stach (2021): „7. November 2020: „Querdenken““, in: M. Langebach (2021): „Protest. Deutschland 1949-2020“. Bpb, Bonn, S. 388-391.

S. Lessenich (2023): Pegida – Hass auf der Straße, in: Edition Le Monde Diplomatique (2023): „Auf den Barrikaden. Das Protestjahrzehnt 2011-2021“, Nr. 32, taz Genossenschaft, Berlin. S.94-95.

P. Manow (2023): „Ein tief verunsichertes Land. Politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart“, Études de l’Ifri, Ifri, Oktober 2023.

S. Marg; L. Geigers; F. Butzlaff; F. Walter (Hrsg.) (2013): „Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie“. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

S. Marg (2021): „Macht Protest den Unterschied? Folgen, Wirkungen und Effekte von gesellschaftlichen Mobilisierungen in Deutschland“, in: M. Langebach (2021): „Protest. Deutschland 1949-2020“. Bpb, Bonn, S. 410-429.

D. Mineur (2014): „La crise de la représentation politique“, in: F. Heidenreich; D. Mineur; D. Schulz (Hrsg.) (2014): „Die Bürger und ihr Staat in Deutschland und Frankreich. Les citoyens et leur État en France et en Allemagne; Kultur und Technik“. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung der Universität Stuttgart, Band 28, LIT-Verlag, Berlin, S.39-54.

W. Müller-Jentsch (2018): „Tarifautonomie. Über die Ordnung des Arbeitsmarktes durch Tarifverträge“. Springer VS: Wiesbaden.

O. Nachtwey (2015): „Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg., H. 3, S. 81-89.

O. Nachtwey; R. Schäfer; N. Frei (2020): „Politische Soziologie der Corona-Proteste“. Universität Basel, Basel, verfügbar auf: <https://osf.io>.

A. Nassehi (2020): „Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests“. kursbuch.edition, Hamburg.

F. Neidhardt; D. Rucht (2001): „Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure“, in: D. Rucht (Hrsg.) (2001): „Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen“. Campus, Frankfurt am Main & New York, S. 27-70.

M. Neuber; P. Kocyba; B. G. Gardner (2020): „The same, only different. Die Fridays for Future-Demonstrierenden im europäischen Vergleich“, in: S. Haunss; M. Sommer (Hg.) (2020): „Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung“. Transcript Verlag, Bielefeld, S. 67-93.

J. Pantenburg; S. Reichardt; B. Sepp (2021): „Corona – Proteste und das (Gegen-) Wissen sozialer Bewegungen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 70. Jg., H. 3-4, S. 22-27.

G. Paoli (2019): „Soziale Gelbsucht“, Matthes & Seitz Berlin, Berlin.

D. Peitz (2020): „Sturm auf Reichstagsgebäude“. Sie brauchen nur dieses eine Foto“, in: Zeit Online vom 31. August 2020, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

N. Pohl (2019): „Atomprotest am Oberrhein. Die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in Baden und im Elsass (1970-1985)“, Franz Steiner Verlag, Stuttgart.

C. Righi (2022): „Protest Movements‘ Momentum under Strain: The Inescapable Tension between „the People“ and Identity Construction in the Gilets Jaunes Protest“, in: A. Eder-Ramsauer; S. Kim; A. Knott; M. Prentoulis (2022): „Populism, Protest, and New Forms of Political Organisation“, Nomos, Baden-Baden, S. 86-108.

R. Roth (2011): „Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation“. Hamburg, Edition Körber.

D. Rucht (1988): „Wyhl: Der Aufbruch der Anti-Atomkraftbewegung“, in: U. Linse; R. Falter; D. Rucht; W. Kretschmer (Hrsg.): „Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte“. Verlag JHW Dietz Nachf, Bonn, S. 128-164.

D. Rucht (Hrsg.) (2001): „Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen“. Campus, Frankfurt am Main & New York.

D. Rucht (2018): „Demokratisierung durch Bewegungen? Demokratisierung der Bewegungen?“, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31. Jg., H. 1-2, S. 40-51.

D. Rucht (2021): „Protest und Demokratie“, in: Langebach, Martin (2021): „Protest. Deutschland 1949-2020“. Bpb, Bonn, S. 20-43.

D. Rucht; D. Rink (2020): „Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. Ein Blick hinter die Kulissen“, in: S. Haunss; M. Sommer „Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung“, Transcript Verlag, Bielefeld, S. 95-114.

G. Rudé (1977): „Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730-1848“. Campus, Frankfurt am Main.

J. Schenke; C. Schmitz; S. Marg; K. Trittel (2018): „Pegida-Effekte? Die Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit“. Transkript Verlag, Bielefeld.

A. Scherr (2014): „Was nützt sozial benachteiligten Jugendlichen politische Bildung? Anmerkungen zu neuen Unterschichtenerziehung“. in: „Sozial Extra“, Volume 38, Issue 5, S. 20-21.

D. Schnapper (1991): „La France de l’intégration, sociologie de la nation en 1990“, Paris.

M. Sommer; S. Haunss; B. G. Gardner; M. Neuber; D. Rucht (2020): „Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays für Future in Deutschland im März und November 2019“, in: S. Haunss; M. Sommer (Hrsg.) (2020): „Friday For Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung“. Transcript Verlag, Bielefeld, S. 15-66.

M. Sommer; E. Steinhilper; S. Zajak (2021): „Wer protestiert? Das Profil von Protestierenden in Deutschland im Wandel“, in: M. Langebach (2021): „Protest. Deutschland 1949-2020“. Bpb, Bonn, S. 44-63.

A. Speit (2021): „Der rechte Rand. Wo man auf Schwarmintelligenz und Heilpraktiker setzt“, taz online vom 18. Februar 2021, verfügbar auf: <https://taz.de>.

A. Speit (2023a): „Im Land der Querdenker“, in: Edition Le Monde Diplomatique (2023): „Auf den Barrikaden. Das Protestjahrzehnt 2011-2021“, No. 32, taz Genossenschaft, Berlin. S.96-99.

A. Speit (2023b): „Querdenker:innen-Demo in Hamburg. Antisemitische Narrative“, in: taz online vom 16. November 2023, verfügbar auf: <https://taz.de>.

S. Spiegel; S. Nitzke; A. Anton; C. Armlinger; J. Pause (2020): „Verschwörungstheorien als narratives Phänomen“. in: Zeitschrift für Fantastikforschung, 8. Jg., H. 1, S. 20-26, verfügbar auf: <https://doi.org>.

D. Tartakowsky (2021): „Manifestation, État, démocratie : des années 1980 aux Gilets jaunes“, verfügbar auf: [www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de](http://www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de).

S. Tormey (2015): „Vom Ende der repräsentativen Politik“. Hamburger Edition, Hamburg.

L. Tratschin (2016): „Protest und Selbstbeschreibung“. Transkript Verlag, Bielefeld.

C. Türcke (2002): „Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation“. C.H.Beck, München.

P. Ullrich (2015): „Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung (ipb

working papers 3.2015)“. Institut für Protest- und Bewegungsforschung, Berlin, verfügbar auf: <https://protestinstitut.eu>.

N. Urbinati (2013): „The Populist Phenomenon“, *Raisons Politiques* 2013/3, No.51, SciencesPo Les Presses: Paris, S. 137-154, verfügbar auf: [www.cairn.info](http://www.cairn.info).

H. Vorländer; M. Herold; S. Schäller (2016): „PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung“. Springer VS: Wiesbaden.

P. Wahl (Hrsg.) (2019): „Gilets Jaunes. Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung“. PapyRossa, Köln.

B. J. Warneken (Hrsg.) (1986): „Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster „friedliche Straßendemonstration“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910“. Tübinger Vereinigung für Volkskunde: Tübingen.

Weser-Kurier (2020): „Fridays-for-Future-Demonstration vor Bremer Siemens-Filiale beendet“, in: *Weser-Kurier online* vom 15. Januar 2020, verfügbar auf: [www.weser-kurier.de](http://www.weser-kurier.de).

A. Wirsching; B. Kohler; U. Wilhelm (2018): „Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie“. Reclam: Ditzingen.

# Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- K. Mensah, B. Rudloff, [Von Ähren und Allianzen: Die Agrarpolitik Deutschlands, Frankreichs und der EU im Spannungsfeld von Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 35, Dezember 2023 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- J. Möhring, [Troubled Twins: The FCAS and MGCS Weapon Systems and Franco-German Co-operation](#), *Étude de l'Ifri*, December 2023 (Verfügbar auf Englisch)
- C. Burgdorff, [La CDU après Merkel. Les défis du parti conservateur en tant que nouveau parti d'opposition](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 177, November 2023
- P. Manow, [Ein tief verunsichertes Land – politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart](#), *Études de l'Ifri*, Oktober 2023 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- A. Salles, [Pénurie de main-d'œuvre en Allemagne ? Entre réalité démographique et besoins du marché du travail](#), *Études de l'Ifri*, Oktober 2023 (Verfügbar auf Französisch)
- K. Kober, [Towards a New European Trade Strategy in Times of Geopolitical Upheaval: The German Perspective](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 176, Oktober 2023 (Verfügbar auf Englisch)
- M. Krpata, A. H. Palermo, [EU-MERCOSUR-Abkommen: Ein unlösbares Trilemma zwischen Wettbewerbsregeln, normativen Ambitionen und der Diversifizierung der Lieferketten](#), *Briefings de l'Ifri*, Oktober 2023 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)





27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

---

[Ifri.org](http://Ifri.org)